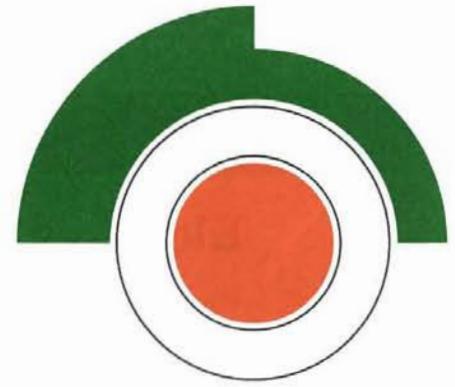


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 9



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 32. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 22.5.2001

## WORT UND WIDERWORT

### Soll der nordrhein-westfälische Landtag verkleinert werden?

Bei Überlegungen zu einer Verkleinerung des Landtags spielten neben dem Verfassungsrecht und dem Anspruch der Wähler auf eine angemessene Interessenvertretung auch Fragen des Selbstverständnisses des Landtags eine Rolle. Da müsse sorgfältig abgewogen werden. Die derzeitige Zahl der Abgeordneten könne aber rechnerisch nicht als überhöht angesehen werden, erklärt **Dorothee Danner** (SPD). Bei einer Verkleinerung auf 151 Abgeordnete, an der kein Weg vorbeiführe, könne der Landtag seine Arbeit kostengünstiger und effektiver leisten. Für **Werner Jostmeier** (CDU) sollten in Zukunft 101 Abgeordnete direkt und 50 über die Landesreservelisten gewählt werden. Die Novellierung des Wahlgesetzes sollte so erfolgen, dass sie zur Landtagswahl 2005 wirksam werden kann. **Jan Söffing** (FDP) ist ebenfalls für eine Änderung bis zur nächsten Wahl. Die sollte so geschehen, dass über Direktmandate 76 Abgeordnete gewählt werden, 75 Sitze seien über die Landesliste zu vergeben. Damit wären die Einwohner des Landes im Vergleich zum Bundestag nicht unterrepräsentiert. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Direkt- und Listenmandaten regt **Monika Düker** (GRÜNE) an. Ihre Fraktion schlägt analog zur Bundesregelung die häftige Aufteilung von 101 Direktmandaten und 100 Listenmandaten vor. 201 Abgeordnete seien nicht zu viel, damit könne sich das Land im bundesweiten Vergleich „gut sehen lassen“. (Seite 2)

### Fraktionskonsens: Katastrophenhilfe fortsetzen!

### „Viele Menschen stehen vor dem Nichts“

In einem gemeinsamen Antrag (Drs. 13/1222) haben sich alle vier Fraktionen dafür ausgesprochen, die Hilfen für die von einer Naturkatastrophe Anfang Mai betroffenen Gebiete der Stadt Ahlen und des Oberbergischen Kreises über die von der Landesregierung zur Verfügung gestellte Soforthilfe von 5,3 Millionen Mark hinaus fortzusetzen.

Solidarleistung der anderen, nicht betroffenen Gemeinden. Der Minister regte an, die öffentlichen Gelder durch Aufrufe an private Spender zu ergänzen und möglicherweise zu verdoppeln. Auch seien jetzt die Banken und Versicherungen am Zuge. Das Land verstehe sich nicht als „Ausfallbürge und Oberversicherer“.

Bernhard Recker (CDU) erklärte, viele Menschen hätten alles verloren und stünden buchstäblich vor dem Nichts. Da sei das gemeinsame Signal der Politik aus Düsseldorf von großem Wert. Die Soforthilfe sei ein „Tropfen auf den heißen Stein“. Dr. Georg Scholz (SPD) schlug vor, ein Programm anzuschließen, das auf Dauer helfe. So habe die Landesregierung mit den Kommunen Koordinierungsstellen vor Ort vereinbart, um für jeden Betroffenen die bestmögliche Hilfe zu finden. In Ahlen sei mit der Bergbausiedlung ein sozial schwacher Bereich in Mitleidenschaft gezogen worden. Dort sehe es immer noch, auch wenn bereits die ersten Häuser renoviert würden, „verheerend“ aus, berichtete Dr. Stefan Romberg (FDP). Monika Düker (GRÜNE) begrüßte die Soforthilfe, die das Land aus Mitteln des Gemeindefinanzierungsgesetzes zur Verfügung gestellt habe. Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) unterstrich, dies sei eine

## Die Woche im Landtag

### Steinkohle

Der Landtag debattierte in einer Aktuellen Stunde über die Zukunft der deutschen Steinkohle. (Seite 3)

### Integration

Konsens im Landtag: Für eine gleichberechtigte Teilhabe müssen alle noch vorhandenen Benachteiligungen für behinderte Menschen abgebaut werden. (Seite 5)

### Euro-Info

Im Fernsehen gebe es zu wenig Informationen über den Euro, sorgten sich die Fraktionen im Europaausschuss. (Seite 6)

### Ausschussrechte

Die CDU verlangt eine Änderung des Rechts von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen. Der Hauptausschuss hörte dazu Experten an. (Seite 7)

### Enquetekommission

Der Landtag hat seine zweite Enquetekommission gebildet. Sie stellt die Frauengesundheit in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. (Seite 13)

### Petitionsmail

In Kürze können sich Bürgerinnen und Bürger per E-Mail an den Petitionsausschuss des Landtags wenden, kündigte die Ausschussvorsitzende an. (Seite 17)



Im Würgegriff

Zeichnung: Nel (WAZ)

## WORT UND WIDERWORT

# Kleineres Parlament bedingt größere Wahlkreise

Von  
Dorothee Danner

Die Frage klingt schlicht, nahezu populistisch. Sie lässt sich jedoch nicht ohne weiteres mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten. Die Materie ist komplex, denn dabei ist nicht nur Verfassungsrecht sowie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu beachten. Auch Verfassungspolitik, das Selbstverständnis eines Landtages und der Parlamentarier sind ebenso zu berücksichtigen wie der berechnete Anspruch eines jeden Wählers und einer jeden Wählerin auf eine angemessene Interessenvertretung im Landtag. Unser Land hat 18 Millionen Einwohner. Ein Abgeordneter vertritt also derzeit fast 78 000 Menschen. An diese Größenordnung reichen andere Länder nicht heran. Somit stellt sich auch die Frage des Selbstverständnisses des bevölkerungsreichsten und wirtschaftstärksten Landes der Bundesrepublik Deutschland.

### SPD: Es kann keine schnelle und leichtfertige Antwort geben

Die Zahl der Landtagsmandate kann in Nordrhein-Westfalen rechnerisch daher nicht als überhöht angesehen werden. Aber selbst wenn man sich der Frage nach der Überprüfung der Größe des Landtags offen gegenüberstellt, darf nicht unreflektiert einem etwaigen Trend nach „Verdichtung“ gefolgt werden. Einige Landtage und auch der Bundestag haben sich mit ihren jeweiligen politischen Mehrheiten dafür entschieden, die Wahlkreiszuschnitte zu verändern und so zu einer Verkleinerung des Parlaments zu kommen.

Allen Beratungen ist gemeinsam, dass es sorgfältig abzuwägen gilt zwischen den eingangs beschriebenen Maßstäben. Dass eine solche Abwägung im Einzelfall auch zu Ergebnissen führen mag, die politisch nicht von allen Beteiligten erwünscht sein mögen, liegt in der Natur der Sache. Uns ist jedenfalls daran gelegen, dem Thema mit Ernsthaftigkeit und Respekt vor dem Selbstverständnis des Parlaments zu begegnen. Dies macht es zwingend erforderlich, sich der Frage nicht mit einer leichtfertigen Antwort zu entledigen. Die Antwort muss gefunden werden in intensiven Gesprächen der Fraktionen miteinander, nach innen und nach außen sowie in den Gremien der Parteien. Dieser Prozess dauert an.

Von  
Werner Jostmeier

An der Verkleinerung des Landtages führt aus Sicht der CDU kein Weg vorbei. Wir schlagen vor, die Anzahl der Abgeordneten des Landtags von grundsätzlich 201 auf 151 Abgeordnete zu reduzieren. Bisher werden 151 Abgeordnete direkt in Wahlkreisen gewählt und 50 Mandate über die Landeslisten der Parteien vergeben. Durch das Ungleichgewicht zwischen Wahlkreismandaten und den Reservelistenmandaten musste mehrfach eine Vielzahl von Überhang- und Ausgleichsmandaten verteilt werden: 26 bei der Landtagswahl 1985, 38 bei der Landtagswahl 1990, 20 bei der Landtagswahl 1995. Aktuell gehören dem Landtag 231 Abgeordnete an, 30 mehr als das Wahlgesetz vorsieht. Die CDU will, dass in Zukunft 101 Abgeordnete direkt und 50 über die

### CDU: Verkleinerung des Parlaments ist kostengünstiger und effektiver

Reservelisten gewählt werden.

Durch diese Verkleinerung kann das Parlament seine Arbeit kostengünstiger und effektiver leisten. Ein solcher Schritt zeigt zudem, dass die Politik bereit ist, ihre eigenen Arbeitsweisen zu überprüfen und eine transparente sowie effektive und kostengünstigere Parlamentsarbeit zu gewährleisten. Im Übrigen ist eine Neueinteilung der Landtagswahlkreise unvermeidbar. Denn nach wie vor ist die Anzahl der Bevölkerung in den einzelnen Wahlkreisen erheblich unterschiedlich. Dies führt zu einer gravierenden und im Interesse der Chancengleichheit und Wahlgerechtigkeit nicht hinnehmbaren Benachteiligung der Wähler in den überproportional großen Wahlkreisen.

Die CDU-Fraktion bringt diese Vorschläge zu Beginn der Legislaturperiode auf den Weg, damit die Novellierung des Landeswahlgesetzes noch zur Landtagswahl im Jahr 2005 angewendet werden kann. Zuzunehmen ist um den heißen Brei herumgeredet worden. Wir fordern die Koalitionsfraktionen auf, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen.

Von  
Jan Söffing

Eine Verkleinerung des Landtages ist im Rahmen einer umfassenden Parlamentsreform dringend erforderlich. Nach den Vorstellungen der FDP sollen dem nordrhein-westfälischen Landtag ab der nächsten Legislaturperiode, also ab 2005, nur noch 151 Abgeordnete angehören. Mit derzeit 231 Abgeordneten (einschließlich 30 Überhang- und Ausgleichsmandaten) hat der nordrhein-westfälische Landtag eine Zahl erreicht, die selbst für das einwohnerstärkste Bundesland zu groß ist. Es wäre falsch, die Diskussion nur auf die finanzielle Seite zu fokussieren und die Einsparungen von weit über 100 Millionen Mark pro Legislaturperiode in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu stellen. Die angestrebte Verkleinerung des Parlaments würde sicherlich nicht die Haushaltsprobleme des Landes Nordrhein-Westfalen lösen; es wäre aber ein erster Schritt in die richtige Richtung. Richtig jedoch nur dann, wenn eine Beeinträchtigung der parlamentarischen Arbeit, also die sachgerechte Vertretung der Belange der Bürgerinnen und Bürger, nicht zu befürchten ist. Das häufig gehörte Argument, das Land Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Millionen Einwohnern brauche – auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern – unbedingt ein Parlament von mindestens 201 Abgeordneten, ist nicht zwingend. Wenn es um Effizienzsteigerung geht, sollte man sich nicht an der Mittelmäßigkeit anderer Bundesländer orientieren. Der Bundestag geht demgegenüber mit gutem Beispiel voran und reduziert die Zahl der Abgeordneten in Berlin von 656 auf 598. Wenn danach für 80 Millionen Menschen in der Bundesrepublik knapp 600 Abgeordnete ausreichen, dann wäre Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Millionen Einwohnern durch 151 Landtagsabgeordnete parlamentarisch nicht unterrepräsentiert. Das Verhältnis von Abgeordne-

### FDP: Zahl der Direktmandate auf 76 reduzieren

ten zur Einwohnerzahl wäre dann im Bund und im Land Nordrhein-Westfalen in etwa gleich. Zudem haben die nordrhein-westfälischen Abgeordneten den Vorteil der räumlichen Nähe zu ihren Wahlkreisen. Die Wahlkreisbetreuung durch die nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten in Berlin ist demgegenüber ungleich schwieriger. Einen weiteren Aspekt sollte man in der Diskussion nicht aus den Augen verlieren. Die Landespolitik ist mit der Kommunalpolitik thematisch und personell eng verzahnt. Landespolitische Themen erreichen die Landtagsabgeordneten nicht immer direkt, sondern häufig auf dem Weg über die Gliederungen der Parteien und die örtlichen Mandatsträger, wovon es in Nordrhein-Westfalen weit über 15 000 gibt. Von einer mangelnden Repräsentanz der Bürgerinnen und Bürger und einer damit einhergehenden nicht mehr sachgerechten Vertretung ihrer Belange kann also in keiner Weise gesprochen werden, wenn das Parlament auf 151 Abgeordnete verkleinert wird.

Bei der bevorstehenden Parlamentsreform muss man sich neben der Verringerung der Abgeordnetenzahl auch dem Problem der in der Vergangenheit gestiegenen Überhang- und Ausgleichsmandate zuwenden. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate ist der nordrhein-westfälische Landtag um insgesamt 30 Mandate von 201 auf 231 aufgebläht worden. Die Ursache hierfür liegt in dem Missverhältnis von Direktmandaten (151) zu Listenplätzen (50). Das Problem der Überhang- und Ausgleichsmandate wird man nach seriösen Berechnungen nur dann in den Griff bekommen, wenn das Verhältnis von Direktmandaten zu den über die Liste zu vergebenden Plätzen – wie jetzt auch für den Bundestag geplant – in etwa 1 : 1 beträgt. Die FDP fordert daher die Reduzierung der Direktmandate auf 76 Abgeordnete, 75 Sitze sind dann über die Landesliste zu vergeben.

Die Änderungen des Landeswahlgesetzes sollen nach dem Willen der FDP bereits zur Wahl im Jahre 2005 greifen. Die Beratungen im zuständigen Hauptausschuss müssen daher mit Nachdruck weiterbetrieben werden. Die erste wichtige Grundlage liegt mit der Ausarbeitung über die Wahlkreiszuschnitte vor. Die Verkleinerung des Parlaments und insbesondere die nachhaltige Reduzierung der über die Wahlkreise zu erringenden Direktmandate ist ein schmerzlicher Eingriff in gewachsene Strukturen. Wenn aber in einer sich wandelnden Gesellschaft der Bevölkerung Rationalisierungsmaßnahmen und Verschärfungsprozesse zuge-mutet werden, so muss sich auch der Landtag neuen Herausforderungen stellen.

Von  
Monika Düker

Die Forderung nach einer Verkleinerung des Landtags mag populär sein, bringt uns aber bei der Lösung der Probleme unseres Landes kein Stück weiter. Zurzeit sind gesetzlich insgesamt 201 Abgeordnete im nordrhein-westfälischen Landtag vorgesehen. Die Ausrichtung fällt mit 151 vorgesehenen direkt gewählten und 50 Listenplätzen eindeutig zugunsten der Direktmandate aus. Dies führt kontinuierlich zu zahlreichen Überhang- und Ausgleichsmandaten – in dieser Wahlperiode sind es 30. Wären im Landtag NRW tatsächlich nur die vorgesehenen 201 Abgeordneten vertreten, käme man auf ein Verhältnis von einem Abgeordneten zu ungefähr 90 000 Einwohner

### GRÜNE: Ausgewogenheit zwischen Listenplätzen und Direktmandaten

und Einwohnerinnen. Damit hätten wir im Vergleich der großen Flächenländer den wirtschaftlichsten Schlüssel. Wir meinen daher: 201 Abgeordnete für das bevölkerungsreichste Bundesland sind nicht zuviel. Damit können wir uns im bundesweiten Vergleich gut sehen lassen.

Handlungsbedarf besteht aus unserer Sicht darin, Überhang- und Ausgleichsmandate möglichst zu vermeiden. Nach Adam Riese wird klar, dass die Wahrscheinlichkeit von Überhang- und Ausgleichsmandaten um so geringer wird, je ausgewogener das Verhältnis zwischen Listenplätzen und Direktmandaten ist. Wir schlagen daher analog zur Bundesregelung eine hälftige Aufteilung von 101 Direktmandaten und 100 Listenmandaten vor. Weiteren Handlungsbedarf sehe ich darüber hinaus bei der Neubegrenzung der Wahlkreise, sofern die Bevölkerungszahl vom Durchschnitt der Wahlkreise stark abweicht.

**Dr. Gerhard Papke** (FDP) erläuterte, erstmals habe ein deutsches Verwaltungsgericht einen Abbaustopp für eine Steinkohlenzeche verhängt, um die Rechte der Anwohner zu schützen. Zwar sei inzwischen der vorläufige Weiterbetrieb unter Auflagen genehmigt. Aber die rechtliche Unangreifbarkeit des Steinkohlenbergbaus gerate ins Wanken. Das Gericht habe die Rechte Zehntausender im Blick, deren Häuschen und Heimatstädte nicht einer verantwortungslosen Politik zum Opfer fallen sollten. Die Parole vom lebensfähigen Steinkohlenbergbau werde immer absurder. Je eher der ökonomische und ökologische Irrsinn beendet werde, desto besser. Bei der Zeche Walsum/NRW werde eine ganze Region Bergsenkungen ausgesetzt und der Grundwasserspiegel gesenkt. 15 000 Menschen wehrten sich dagegen. Die Deutsche Steinkohle AG (DSK) wende jedes Jahr 400 Millionen Mark für die Regulierung von Bergschäden auf. Die FDP werde mit allem Nachdruck gegen die Genehmigung erweiterter Rahmenbetriebspläne angehen.

**Werner Bischoff** (SPD) äußerte sich zufrieden, dass an der Saar wieder produziert werden könne, und sah besondere ortsspezifische Abbaubedingungen im Saarland. Es gebe keinen Bezug zu NRW. Die FDP mache Miesmacherpolitik und werde auf erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten, der Bergleute und der Menschen in NRW stoßen. Mit dem Vorrang von Individual- vor Gemeinschaftsinteressen müssten wir uns auseinander setzen. Die SPD stehe zur Steinkohle und zu dieser verlässlichen Konstante im Energiemix.

**Christian Weisbrich** (CDU) erklärte, das für NRW zuständige Gericht im Saarland habe in einem nicht vergleichbaren Einzelfall ein nicht rechtsbeständiges Urteil gefällt, das aufgehoben worden sei. Die Verhandlungen über die Zukunft der NRW-Kohleförderung dürften nicht gestört werden. Er zitierte aus dem Aufhebungsbeschluss, beim Abbaustopp habe sich die erste Instanz einer Mindermeinung angeschlossen, und stellte fest, es gebe keinen Anlass für eine Aktuelle Stunde.

**Reiner Priggen** (GRÜNE) erinnerte die FDP an deren Anträge, die Kohleförderung bis 2015 auslaufen zu lassen, und ein halbes Jahr später, jegliche Subventionierung nach 2005 zu beenden. Das würde bedeuten, 30 000 Leute in NRW auf die Straße zu setzen. Zudem habe die FDP den geltenden Vertrag mitunterschieden. Die EU stelle zu hohe Abhängigkeit von Erdöl- und Gasimporten fest, nicht für Kohle, die ausreichend auf dem Weltmarkt zur Verfügung stehe. Es gehe jetzt um sozialverträgliche Begleitung und den Zubau modernster Kohlekraftwerke.

**Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold** (SPD) meinte, das saarländische Urteil habe nicht nur die DSK, die Gewerkschaften und die Menschen vor Ort empört. Es stelle das Interesse einer Privatperson am Eigentum vor Beschäftigung und sichere Energieversorgung. Der Stillstand habe einen Schaden in zweistelliger Millionenhöhe angerichtet. Nach weiteren drei Wochen wären vier Kraftwerke und die Fernwärmeschiene Saar ausgefallen. Konkrete Konsequenzen für NRW sehe er nicht. Der EU-Ministerrat beziehe die heimischen Energieträger in die



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) vereidigte als stellvertretende Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs NRW: Dr. Dieter Kallerhoff, Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts Münster (2. v. l.), Ina Obst-Oellers, Vizepräsidentin des Oberlandesgerichts Düsseldorf (Mitte), Helmut Zerbes, Vizepräsident des Oberlandesgerichts Köln (2. v. r.); als Schriftführerin fungierte die Abgeordnete Jutta Appelt (CDU, l.). Foto: Schälte

## Aktuelle Stunde zum Bergbau-Urteil im Saarland Zukunft der NRW-Steinkohle hängt an Brüssel

Der Landtag debattierte in einer von der FDP beantragten Aktuelle Stunde am 16. Mai über das Thema „Konsequenzen aus dem für das Bergwerk Ensdorf/Saarland verfügten Förderstopp für den Steinkohlenbergbau in NRW“.

Versorgungsstrategie ein, ein beachtlicher Fortschritt. Schwanhold warnte auch vor Folgen wie in Kalifornien.

**Edgar Moron** (SPD), Fraktionsvorsitzender, hielt die Debatte für schädlich für NRW und für die deutsche Energiewirtschaft. Die FDP versuche sich anzubiedern wegen ein paar Stimmen. Energiepolitik müsse langfristig angelegt sein. Der Markt garantiere keine Versorgungssicherheit. Bei Gas- und Dampfkraftwerken, worauf die GRÜNEN gesetzt hätten, entwickle sich nichts mehr. Steinkohle und Braunkohle garantierten sichere Stromerzeugung.

**Jürgen W. Möllemann** (FDP), Fraktionsvorsitzender, sah durch das Gerichtsurteil die Fragwürdigkeit milliardenschwerer Subventionen auf der Tagesordnung. Der Wähler werde das richtig gewichten. Er zitierte aus dem Wirtschaftsausschuss, die GRÜNEN sähen keine Perspektive für die heimische Steinkohlenförderung, und den CDU-Ministerpräsidenten des Saarlands mit Äußerungen, der Bergbau dort werde auslaufen. Wenn ohne Subventionen nicht abgebaut werden könne, sei der Steinkohlenbergbau nicht lebensfähig. Es gebe zu viele Missstände, für deren Beseitigung die Landesmittel gebraucht würden.

**Rüdiger Sagel** (GRÜNE) warf der FDP angesichts deren Kürzungszielen irrationale Luftblasen und eine Politik des Sozialabbaus vor. Bei Rahmenbetriebsplänen gehe es zurzeit um Umwelt und Sozialverträglichkeit. Beim Bergwerk Walsum gebe es massive Probleme. Der Bergbau könne jedoch 2005 nicht mit einem Schlag zu Ende sein.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) berichtete, im Ruhrgebiet seien über hundert Jahre etwa sechs Milliarden Kubik-

meter Kohle und Gestein aus der Erde geholt worden, auf 20 000 Quadratkilometern bei einer Absenkung von drei Metern. Das hätten die Menschen jahrzehntlang ertragen. Jetzt provoziere die FDP nackte Ergüsse, die schwer erträglich seien. Bergschäden seien unvermeidbar. Sie auf sich zu nehmen, zeuge von Gemeinschaftssinn. FDP-Politik sei unberechenbar. Als Spaßgesellschaft könne man mit dem Bergbau nicht umgehen. Bei Auslaufen des Bergbaus werde es kein modernes Kraftwerk mehr geben. Das könne auch nicht im Interesse der GRÜNEN sein, denn bei Gas werde das Klima stärker belastet. Clement wies auf mehr Abhängigkeit vom Weltmarkt bei Mineralöl und Gas und deren Kostenfolgen hin. Die EU-Kommission fordere ein Auslaufen aller Beihilfen für feste Brennstoffe ab 2010. Das laufe dem nationalen Energiesockel entgegen und sei ein Eingriff in nationale Hoheit. Die Situation sei ernst.

**Dr. Jürgen Rüttgers** (CDU), Fraktionsvorsitzender, registrierte Emotionen in der Debatte und vermutete, die Redner seien sich ihrer Sache nicht ganz sicher. Die Beschlusshektik der FDP sei nicht erklärbar. Für die schwierigen Brüsseler Verhandlungen sei eine solche Grundlagendebatte nicht hilfreich. Auch Unklarheiten in der rot-grünen Koalition müssen beseitigt werden. Die CDU wolle eine Anschlussregelung und einen lebensfähigen Bergbau. Bei den von Clement angesprochenen Gerüchten über Absenken der Fördermengen auf zehn Millionen Tonnen sei das fraglich.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) antwortete, er habe diese Vorstellung in aller Schärfe abgelehnt. Den 20 bis 22 Millionen Tonnen habe die Bundesregierung zustimmen müssen, um die Beihilfen für 2001 zu bekommen. Jetzt gehe es um den Primärenergiesockel.

## Aktuelle Stunde über Stagnation am Arbeitsmarkt

### Minister Schartau kündigt energische Schritte an

Der Landtag debattierte in einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde am 17. Mai über das Thema „Stagnation auf dem NRW-Arbeitsmarkt“.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) hielt die Lage auf dem Arbeitsmarkt für besorgniserregend. Die Arbeitslosenzahl in Deutschland sei im April zum viertel Mal in Folge gestiegen. In NRW sei die Entwicklung noch schlechter. Seit Jahresbeginn gebe es 9 000 mehr Arbeitslosmeldungen als im Jahr 2000, und 14 000 freie Stellen weniger. Die Scheinblüte des Vorjahres sei auf die Umwandlung der 630-Mark-Jobs zurückzuführen, die zum Manipulieren der Statistik beigetragen hätten. Auch seien Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt worden. NRW hänge im Durchschnitt weiter zurück. Die Landesregierung sei weiter denn je von ihrem Versprechen entfernt. Sie habe die Investitionsquote von 20 auf 9,8 Prozent gedrückt bei einem Investitionsstau von 27 Milliarden Mark.

**Edgar Moron** (SPD), Fraktionsvorsitzender, sagte, nichts bewege Sozialdemokraten so wie Arbeitslosigkeit. Die CDU habe die größte Massenarbeitslosigkeit und den höchsten Schuldenberg hinterlassen. Ihre Vorwürfe seien arrogant. Sie kippe die Probleme vor die Tür. Die konjunkturelle Delle bremse den Rückgang der Arbeitslosigkeit. Aber es gebe hochinteressante Vorschläge und beispielhafte Lösungen in NRW. Die Zahl von 78 800 arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren, davon 5 000 Langzeitarbeitslose, müsse geringer werden. Die Programme seien erfolgreich.

**Dr. Ute Dreckmann** (FDP) meinte, die Arbeitslosenquote in NRW habe schlechte Tradition. Das Einlenken der Bundesregierung auf einen gewerkschaftsorientierten Kurs, Überregulierung bei Teilzeit und Mitbestimmung setzten falsche Zeichen. Ein gefährlicher Regulierungsaktionismus zementiere Verkrustungen. Überhöhte Benzinpreise verteuerten Arbeit zusätzlich. Unternehmen seien zu ihrem Beitrag bereit, aber Bewerber fehle Mithandeln in der betrieblichen Praxis. Von Entlastung des Arbeitsmarkts sei die Bundesregierung Lichtjahre entfernt. Schartaus Maßnahmen hätten einen richtigen Kern, nämlich Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt. Noch besser wäre es, Arbeitslosen ihre aktive Pflicht um neue Arbeit klarzumachen. Sein Wunsch, Dauerumschulung zu beenden, komme spät. Schwarzarbeit sei ein lukratives Geschäft.

**Barbara Steffens** (GRÜNE) bemängelte das Fehlen konstruktiver Vorschläge seitens

der CDU und Polemik bei Statistiken. Positiv sei der Rückgang bei arbeitslosen Älteren. Es gebe jetzt EU-Programme für den regionalen Arbeitsmarkt. Sie sei gespannt, wie CDU-regierten Kommunen mit der Beschäftigung vor Ort umgingen. Extrem unproduktiv sei die Drückebergerdebatte. Für die GRÜNEN sei Beschäftigung nicht nur ein Thema für den Arbeitsminister. Das NRW-Bauministerium weise ein hervorragendes Investitionsvolumen aus. Fördermittel für sozialen Wohnungsbau zögen Bauinvestitionen von über 486 Prozent nach. Bei Energietechnologie habe NRW mehr Arbeitsplätze geschaffen als alle anderen Länder.

**Arbeitsminister Harald Schartau** (SPD) erklärte, vor dem Hintergrund von Verkrustungen müsse man zu neuen Schritten kommen. Die Arbeitslosenversicherung dürfe nicht zur Geldzahlung, sondern müsse zu professioneller Hilfe führen. Bei allen Maßnahmen müsse der Bezug zum ersten Arbeitsmarkt geprüft werden. Schon am ersten Arbeitstag könne nicht jedes Defizit weg sein. Bei Verlust des Jobs müsse frühzeitig Hilfe geboten werden. Sozialpläne sollten zu neuer Beschäftigung genutzt werden. Profis in Arbeitsämtern und Politik müssten sofort auf Jugendliche zugehen. Vorurteile gegenüber älteren Arbeitnehmern seien eine Katastrophe. Diese seien weder häufiger krank noch unflexibel oder unfähig. „Wir müssen eine Lanze für die Älteren brechen“, sagte der Minister und empfahl, Arbeitslose auch bei Jobrotation einzuschalten. Er wolle genau wissen, aus welchen Gründen 770 000 Menschen arbeitslos seien.

**Christian Weisbrich** (CDU) führte aus, die Lage auf dem Arbeitsmarkt könne nicht besser sein als die Wirtschaftspolitik des Landes. Er erwähnte 170 Milliarden Mark Schulden des Landes und zitierte Hiobsbotschaften über die Wirtschaftsflaute. Volkswirte seien geschockt über den Einbruch bei Aufträgen und bei der Auslandsnachfrage. Im Inlandsgeschäft gebe es den schärfsten Rückgang seit zehn Jahren. Eine künstliche Realität helfe dem Land nicht. Mit Spektakelkampagnen müsse Schluss sein. NRW brauche keine Leuchttürme, keine WM-Fans im Metrorapid, keine Oscars an Unternehmen aus der EU. Preisverleihung für den Mittelstand könne sich NRW sparen, wenn dessen Umsatz rückläufig sei. Der Ministerpräsident verspreche den Abbau von

Regulierungen, dann lasse er zu, dass der Arbeitsmarkt durch Berlin „verriestert und verrammelt“ werde.

**Rainer Bischoff** (SPD) warf dem CDU-Redner Worthülsen vor und vermisste Vorschläge von ihm als Fachkundigem. Über den Rückgang der Arbeitslosigkeit werde erst seit drei Jahren geredet. Er betrage bei NRW 4,2 gegenüber drei Prozent im Bundesdurchschnitt. Die ehrliche Statistik weise 33 405 weniger Arbeitslose als im Vorjahr aus. Wegen der Strukturprobleme könne NRW nicht verglichen werden mit Bayern. In den Transfergesellschaften seien die Menschen sehr dankbar und betrieben konstruktive Arbeitsmarktpolitik.

**Dr. Gerhard Papke** (FDP) begrüßte Schartaus Ziele und regte Gespräche an. Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sei geborene Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Die Wachstumslücke zwischen NRW und den anderen westdeutschen Ländern nehme zu. Die FDP schlage vor, den Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung schnellstmöglich zu senken. Schartau solle auch darauf hinwirken, die drohende Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung zu verhindern, da sie kleine Betriebe bis 50 Beschäftigte mit jährlich 600 Millionen Mark belasten würde. Die CDU-Position dazu sei nicht glaubwürdig.

**Rüdiger Sagel** (GRÜNE) vermisste konkrete Vorschläge der CDU. NRW habe das Problemkind Ruhrgebiet, aber auch sehr positive Entwicklungen im Münsterland, in Ostwestfalen und südlichen Landesteilen. NRW stärke die kleinen Unternehmen und bringe die Umweltwirtschaft voran.

**Minister Harald Schartau** (SPD) kündigte an, bei öffentlich beklagtem Bedarf an Fachkräften sofort die Verantwortlichen zusammenzuholen und dann die Defizite abzarbeiten. Überlegungen sollten auf die Wochenenden verlegt werden, um während der Werktage etwas für die Arbeitlosen selbst zu tun. International nachahmenswert sei der Interessenausgleich in NRW.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) ergänzte Zitate von Vorrednern und hielt für skandalös, dass der Wirtschafts- und Finanzminister bei der Debatte fehlten, eine politische Gesamtaufgabe sei. Er zählte Milliarden-Beträge an notwendigen Investitionen bei Krankenhäusern, Altenpflege, Schulen, Straßen und Hochschulen auf.

**Horst Vöge** (SPD) plädierte für mehr Betriebsnähe beim Vorhaben „Arbeit statt Sozialhilfe“ sowie mehrere gemeinsame Wege, niedrig qualifizierte zu beschäftigen. Es gebe viele Jobs, die mit Kombilohn besetzt werden könnten.



Mehr Beschäftigung durch eine andere Wirtschaftspolitik verlangte die Opposition bei der Aussprache über Arbeitslosigkeit in NRW, v. l. Hermann-Josef Arentz (CDU), Edgar Moron (SPD), Dr. Ute Dreckmann (FDP), Barbara Steffens (GRÜNE), Minister Harald Schartau (SPD).  
Fotos: Schälte

## Behindertenintegration: Manche Vorschriften behindern eine Teilhabe am Alltag

„Behinderte dürfen im Land Nordrhein-Westfalen keine Menschen zweiter Klasse sein.“ Es sei unglaublich, dass im Haftungsrecht Taubstumme als Minderjährige behandelt würden, dass Gehörlose kein Testament machen dürften und die Einsetzung eines Gebärdendolmetschers vor Gericht vom Ermessen des einzelnen Richters abhängen – diese Feststellungen untermauerten nach Ansicht des SPD-Abgeordneten Horst Vöge die Notwendigkeit der Aktuellen Stunde, die seine Fraktion beantragt und unter das Motto „Die gesetzliche Diskriminierung behinderter Menschen muss überwunden werden“ gestellt hatte. Der Landtag debattierte darüber am 16. Mai.

**Horst Vöge** (SPD) wies darauf hin, in einer Studie der Landesregierung seien insgesamt 132 Anregungen für Gesetzes- und Verordnungsänderungen gegeben worden, um Diskriminierungen von behinderten Menschen zu unterbinden und ihre Gleichbehandlung zu erreichen. Aber auch im alltäglichen Leben gebe es Diskriminierung. Die Tendenz in der Gesellschaft habe sich verändert: Es werde gegen Wohngruppen von Behinderten protestiert, Familien gäben ihre behinderten Kinder eher ab, Behinderte fänden keinen Platz mehr in so genannten normalen Reisegruppen. Obwohl immer wieder Barrierefreiheit verlangt werde, hätten es Behinderte schwer, „sich auf Straßen, sich in öffentlichen Veranstaltungen zu bewegen“. Die Politik habe allen Anlass, über Barrierefreiheit zumindest in öffentlichen Gebäuden nachzudenken.



**Hermann-Josef Arentz** (CDU) nannte ebenfalls Defizite bei der Integration Behindertener und richtete dabei sein Augenmerk auf das Land als Arbeitgeber: So sei es ein „Skandal“, dass das Land Nordrhein-Westfalen bis zum letzten Jahr lieber sieben, acht und neun Millionen Mark an Strafgeld für die Nichtbeschäftigung Behindertener gezahlt hat. Das sei ein miserables Beispiel, mit dem das Land die moralische Legitimation verloren habe, „auch private



Arbeitgeber am Portepée zu packen“. Auch die Haushaltspolitik des Landes räume der Behindertenpolitik angesichts der vorgenommenen Kürzungen bei Fördermitteln nicht den ihr zukommenden Stellenwert ein. Arentz fragte den zuständigen Minister, ob er die Kritik der Studie teile und ob er bereit sei, dem Besserungsvorschlag der Experten zu folgen.

**Dr. Ute Dreckmann** (FDP) wandte sich dem Landtagsgebäude zu. Ein Gang durch das Gebäude sei für Rollstuhlfahrer und für Menschen mit Sehbehinderung ohne fremde Hilfe nicht möglich; keine der Türen funktioniere automatisch; der Plenarsaal sei für einen Abgeordneten im Rollstuhl völlig untauglich. Sie fuhr fort: „Es besteht sicherlich in allen Fraktionen Konsens darüber, dass Gesetze, Regelungen, Vorschriften und Richtlinien, die Menschen mit Handicap diskriminieren, behindern oder aus der Gemeinschaft ausschließen, so schnell wie möglich gestrichen oder geändert werden müssen.“ Ihre Fraktion plädierte für ein Gleichstellungsgesetz, das Behinderten das Recht zur gleichberechtigten Teilhabe am Leben der Gesellschaft gewährleiste und eine selbst bestimmte Lebensführung ermögliche.



**Barbara Steffens** (GRÜNE) warnte die CDU, dem Land Vorwürfe zu machen, wenn man sich ansehe, wie die Quote der Beschäftigung Behinderter in CDU-geführten Kommunen aussieht. Sie fände es aber gut, wenn das Land vorbildlich voringe und die Quote nicht nur einhielte, sondern auch darüber hinausginge. Bei Umsetzung der Barrierefreiheit sollte ebenfalls nicht nur aufs Land, das schon manches in Angriff genommen habe, geblickt werden, auch hier sei zu fragen: „Warum wird in CDU-Kommunen nach wie vor Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenverkehr nicht umgesetzt?“ Die Funktion der Behindertenbeauftragten sei vor Ort nicht nur zu erörtern, sondern zu realisieren. Den Ansatz eines Gleichstellungsgesetzes halte sie für begrüßenswert.



**Sozialminister Harald Schartau** (SPD) betonte den Willen des Landes „bundesweit erstklassig“ im Maß an Barrierefreiheit zu sein. Es sei politischer Konsens: „Behinderte Menschen und ihre Familien haben einen Anspruch auf Teilhabe am Leben der Gesellschaft sowie auf ein Höchstmaß an Selbstbestimmung und selbständiger Lebensführung.“ Diese Entwicklung sei kein Selbstläufer, sondern bedürfe immer wie-

der des Impulses und der tatkräftigen Unterstützung, das habe man an Rhein und Ruhr sehr früh erkannt. Was der CDU zu der Studie eingefallen sei, das sei nicht viel gewesen. Der Bericht sei eine hervorragende Diskussionsgrundlage, wie eine umfassende Gleichstellungsgesetzgebung gestaltet werden könne. Sein Haus werde den kommenden Diskussionsprozess zur Frage notwendiger Rechtsänderungen landesweit organisieren und moderieren. Auf dem Weg zum Optimalen, alle Barrieren aus dem Weg zu räumen, werde man das Machbare berücksichtigen „und versuchen, vom Machbaren zum Optimalen zu kommen“.



**Ursula Monheim** (CDU) wandte sich dem Schulbereich zu. Da verspreche das Gesetz zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in Schulen Rechte und Unterstützung, „die es in Wirklichkeit nicht gibt“. Auch gebe es immer noch keine Regelung der Frage, wer für die Finanzierung des pflegerisch-therapeutischen Personals zuständig sei.

**Michael Scheffler** (SPD) riet der CDU, sich mit ihrer Mehrheit in den meisten kommunalen Spitzenverbänden „auf die Socken zu machen“, um die seit Jahren angestrebte Vereinbarung zur Frühförderung – hier habe das Land lediglich eine Moderationsrolle – zwischen der kommunalen Seite und den Wohlfahrtsverbänden endlich umzusetzen. Behindertenbeauftragte auf kommunaler Ebene seien sinnvoll.

**Karl Peter Brendel** (FDP) sagte, Behindertenpolitik als Querschnittsaufgabe sei Herausforderung für alle Politikbereiche. Man sollte aber die Einrichtung eines kommunalen Behindertenbeauftragten zwingend vorschreiben, einen solchen Vorschlag halte er für in Anbetracht der kommunalen Selbstverwaltung für überflüssig. Zuzustimmen sei den getroffenen Regelungen für barrierefreies Bauen im Wohnungsbereich. In der Frage der Gebärdensprache sei über eine Ergänzung des Verwaltungsverfahrensgesetzes weiter zu kommen. Das Regelungs- und Gesetzeswerk sei ständig zu überprüfen, damit es nicht dazu kommt, dass die antiquierten Bestimmungen mitgeschleppt werden.

**Dr. Ruth Seidl** (GRÜNE) räumte die Probleme ein, die Eltern behinderter Kinder bei der integrativen Beschulung ihrer Kinder vorfinden. Eine qualifizierte Weiterentwicklung des gemeinsamen Unterrichts sowohl an Grundschulen wie auch in der Sekundarstufe I sei dringend notwendig. Dafür habe die Koalition zusätzliche Stellen für die sonderpädagogische Förderung im Haushalt eingestellt. Auch im Hochschulbereich gebe es Handlungsbedarf, dort sei Behinderten das Studium unter gleichen Bedingungen zu ermöglichen, wozu auch eine kompetente Beratung gehöre.

## NRW-Handlungslinie im Europa-Ausschuss

### Polnische Aspekte vor dem EU-Beitritt

Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik informierte sich in der von der Vorsitzenden Ute Koczy (GRÜNE) geleiteten Sitzung am 7. Mai über die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Osterweiterung der Europäischen Union. Die neue Europaministerin Hannelore Kraft unterrichtete den Ausschuss über die Vorschläge einer Arbeitsgruppe der Länder zur Reform der Kompetenzneuordnung im Hinblick auf den EU-Gipfel im Dezember 2001 in Laeken (Belgien). Von Fachreferenten des NRW-Familienministeriums erhielt er Auskunft über Kinderarmut in den EU-Mitgliedstaaten.

Zum Thema Osterweiterung der EU hatte der Ausschuss die polnischen Botschaftsräte Dariusz Laska und Jan Wawrzyniak eingeladen. Herr Laska betonte, dass die europäische Union mehr als ein Wirtschaftsraum sei. Mit der Erweiterung der Europäischen Union werde diese ein Stück europäischer. Mit dem Beitritt Polens würden 40 Millionen weitere Konsumenten zum Europäischen Binnenmarkt hinzukommen. Im Rahmen des Vor-Beitritts habe die Frage der Regionalisierung eine wichtige Rolle gespielt. Die Einrichtung der 16 Wojewodschaften sei ein wichtiger Beleg hierfür. Zwischen Schlesien und Nordrhein-Westfalen sei eine Partnerschaft vereinbart worden. Im Übrigen gebe es auch im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gute Ergebnisse.

Herr Wawrzyniak unterstrich die wirtschaftlichen Chancen des polnischen Beitritts für alle Beteiligten. Der Zugang Polens zu den europäischen Märkten und die Liberalisierung des Handels sei eine gute Chance für wirtschaftliche Entwicklung. Im Bereich der Landwirtschaft werde es enorme Herausforderungen und strukturelle Anpassungsprozesse geben.

Die stärkere Mobilisierung des Kapitals werde ebenfalls positiv gesehen. Deutschland sei Polens größter Handelspartner. Die geopolitische Lage Polens führe dazu, dass es eine wichtige Brückenfunktion für die Europäische Union nach Osten wahrnehmen

werde. Im Bereich der Beitrittsverhandlungen seien 17 der 31 Beitrittskapitel abgeschlossen. Bei der Frage der Übergangsfristen habe Polen insbesondere was den freien Verkehr des Kapitals anbetrifft unterschiedliche Auffassungen als die Europäische Kommission. Wegen der erheblichen Einkommensunterschiede wolle Polen zum Schutz seiner Bürger eine Übergangsfrist beim Erwerb von Immobilien von fünf Jahren für gewerbliche Zwecke und 18 Jahren für private Zwecke. Hierüber werde noch zu verhandeln sein. Bei der Freizügigkeit der Arbeitnehmer gebe es seitens einiger Mitgliedstaaten und der Kommission den Wunsch nach fünf- bis siebenjährigen Übergangsfristen.

Europaministerin Hannelore Kraft (SPD) erläuterte bei ihrem ersten Auftritt im Ausschuss, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen hätten am 15. Februar 2001 von der Europaministerkonferenz den Auftrag erhalten, das Themenfeld Kompetenzabgrenzung vorzubereiten. Am 30. März 2001 habe es hierzu ein Experten-Brainstorming gegeben. Seitens NRW seien hierzu die in der Humboldt-Rede des Ministerpräsidenten skizzierten Vorschläge unterbreitet worden. Die Verabschiedung von ersten Kernforderungen sei für die Europaministerkonferenz am 12. Oktober 2001 geplant. Diese Positionen sollen auch in die Ministerpräsidentenkonferenz Ende Oktober 2001 und den Bundesrat eingebracht wer-

den, um rechtzeitig vor dem europäischen Rat in Laeken eine gemeinsame Länderpositionierung zu erreichen. Im Bereich des Post-Nizza-Verfahrens scheine sich die Position NRWs, in der Diskussions- und Verhandlungsphase vor der kommenden Regierungskonferenz den mitgliedstaatlichen Parlamenten und dem europäischen Parlament eine wichtige Rolle zuzumessen, im Länderkreis weitgehend durchzusetzen.

Abteilungsleiter Dr. Volkhard Riechmann (NRW-Wirtschaftsministerium) unterrichtete den Ausschuss über den Stand der Liberalisierung der Gas- und Strommärkte. Ministerialrat Dr. Herbert Jacoby (Wirtschaftsministerium) informierte den Ausschuss über das Verfahren zur Auswahl von Projekten im Rahmen des Ziel-2-Programms.

Zur Frage der Kinderarmut in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen führte Jürgen Schattmann (NRW-Familienministerium) aus, dass ein Vergleich der Armutssituation in den Mitgliedstaaten der EU aufgrund der unterschiedlichen Ausgestaltung der Sozialsysteme und der zugrunde liegenden Gesetze schwierig sei. Auch seien seitens der Europäischen Kommission kaum Zuständigkeiten zu sozialen Fragen gegeben. Die sozialen Systeme der Mitgliedstaaten könnten in vier Gruppen unterteilt werden:

1. vorwiegend private und nicht verpflichtende Absicherung (Großbritannien, Irland);
  2. starke staatliche Absicherung auf hohem Niveau (Schweden, Dänemark, Finnland);
  3. staatlich organisierte Absicherung in Sozialversicherungen, die sich auf Arbeitseinkommen stützen (Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Niederlande);
  4. schwach ausgebildete Systeme, traditionelle Absicherung über Familienstrukturen (Spanien, Portugal, Griechenland, Italien).
- Gemessen an der jeweiligen 50-Prozent-Armutsschwelle in den einzelnen Staaten ergebe sich für 1996 das Bild, wonach die relative Armut lediglich in Dänemark und Finnland geringer als in NRW sei.

## Opposition verlangt mehr Aktion gegen Skepsis

### Im Fernsehen kaum Euro-Information

Der CDU-Antrag „Mehr Informationen über die Einführung des Euro“ (Drs. 13/1114) wurde nach der Aussprache am 2. Mai vom Landtag an den Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik überwiesen.

**Wolfgang Dietrich** (CDU) wies auf die Einführung des Euro als gesetzliches Zahlungsmittel am 1. Januar 2002 nach Ablauf der dreijährigen Übergangsphase hin und berichtete von Umfragen, wonach nur jeder fünfte Bundesbürger Vertrauen und fast drei Viertel der Befragten kein Vertrauen in den Euro haben. Die Sorge wachse ständig, auch durch aktuelle Pannemeldungen. Aufklärung müsse vorangetrieben und die Bürger auf den vorzeitigen möglichen Umtausch hingewiesen werden. Jeder frage sich, was ihn der Umtausch der D-Mark in Euro koste. Die CDU halte ein gemeinsames Projekt „Euro-NRW“ der Parteien für erforderlich.

**Gabriele Sikora** (SPD) bestätigte Skepsis gegenüber dem Euro. Nur in Italien sei die Zustimmung größer, was nicht überrasche. Die D-Mark sei Leitwährung in Europa gewesen. Die Bundesbank habe häufig Stützungskäufe zugunsten anderer Währungen

vorgenommen. Seit 1999 gebe es feste Umrechnungskurse, die nun im Geldverkehr nachgezogen würden. Bedenken hätten vorher geäußert werden müssen. Der Euro sei im Binnenmarkt stabil. Dass er gegenüber dem Dollar eingebüßt habe, sei für den Export vorteilhaft gewesen. Nun müsse von der D-Mark Abschied genommen werden.

**Dietmar Brockes** (FDP) äußerte sich erfreut über das Thema, denn der Countdown laufe, und hielt die Menge der Informationsangebote für ausreichend. Die Mehrzahl der Bevölkerung, vor allem ältere Mitbürger, denke jedoch, ihr Geld sei nach der Euro-Einführung nur noch die Hälfte wert. Die FDP halte mediale Breite für nötig. Eine Kampagne ohne Fernsehen sei nicht erfolgreich.

**Ute Koczy** (GRÜNE) sprach sich für Aktionen mit zwei Geldbeuteln aus, um die Einführung des Euro zu verdeutlichen. Die vie-

len Aktivitäten drängen noch nicht in die Öffentlichkeit durch. Druck sei notwendig. Es gehe um das Wie. Der Euro solle einheitliche Identität stiften. Ein bisschen Trauer dürfe auch sein. Auffälliges Schweigen höre sie bei Fragen nach der Erfüllung der Kriterien, nämlich Entschuldung und Inflation. Die GRÜNEN wollten zu den Problemen offensiv informieren. Der Landtag müsse noch mehr tun als bisher.

**Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold** (SPD) warnte davor, über die Einführung des Euro zu debattieren. Schwankungen gegenüber dem Dollar und dem Pfund minderten die Akzeptanz. Die Landesregierung habe erhebliche Mittel, zum Beispiel 5,6 Millionen Mark für „Euro-Coaching“ seit 1998, aufgewendet und viele Kampagnen durchgeführt. Die Mittelständler warteten zu lange ab. Seinerzeit habe der Handel gebeten, nicht zu früh zur Doppelauszeichnung gezwungen zu werden. Jetzt gebe es Versäumnisse. Eine zentrale Frage sei nicht beantwortet, nämlich Vergleichbarkeit von Angeboten über Landesgrenzen hinweg. Der Minister zählte Aktivitäten auf und bemängelte die ungebündelte Fülle von Informationen. Er appellierte an Unternehmen sowie Banken und Sparkassen, sich jetzt vorzubereiten und den Umtausch kostenfrei vorzunehmen.

## Moron: Geltendes Untersuchungsausschussgesetz gar nicht so schlecht

Dr. Martin Morlok, Professor an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Fernuniversität Hagen, stellte fest, die CDU habe in ihrem Entwurf aus der Feststellung des Gerichts, dass die antragstellende Gruppierung die Themenherrschaft über den Gegenstand eines Untersuchungsausschusses habe, die sinnvolle und vernünftige Konsequenz gezogen. Die Rechtslage sei in NRW gar nicht so schlecht, betonte Morlok, so komme im Lande den Antragstellern für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) ein eigenständiges Beweiserhebungsrecht zu. In der Auseinandersetzung darüber, ob Beweiserhebungen und Fragestellungen rechts- oder verfassungswidrig seien, müsse bislang der Antragsteller, soweit er in der Minderheit ist, die Beweislast führen. Die sei umzukehren, forderte Morlok: Die Mehrheit müsse dem Gericht ihre Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit geltend machen. Die Umkehr der Prozesslast habe auch eine zeitliche Komponente, weil sie für mehr Effektivität in der Ausschussarbeit Sorge und die Zeitnähe sicherstelle. Der Wissenschaftler: „Die politische Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit ist ein flüchtiges Gut.“ Eine weitere Stärkung der Minderheit sah Morlok darin, dass der Ausschussvorsitz jeweils vom Antragsteller gestellt wird. Der Rechtsweg sei zu konzentrieren und zu bündeln, es sei unangemessen, dass bei entstehenden Rechtsstreitigkeiten der Gang zum Amtsrichter einzuschlagen sei, eine Wendung an ein Oberlandesgericht oder Oberverwaltungsgericht sei sein Vorschlag. Was die Öffentlichkeit im Ausschuss angehe — mit dem bestehenden Verbot von Bild- und Tonaufnahmen bei laufenden Verhandlungen — so sei diese Vorschrift falsch. Hier gehe es um die Parlamentsöffentlichkeit, die sich von der Gerichtsöffentlichkeit unterscheide. Ein Parlamentarier oder ein Regierungsmitglied mit Rederecht im Parlament müsse die Medienbeobachtung ertragen; anders sehe es natürlich aus, wenn etwa eine Sekretärin im Zeugenstand aussage. Einen besonderen Betroffenenstatus lehnte der Wissenschaftler ebenfalls ab: Ein PUA sei — anders als ein Gericht — eine sanktionslose Instanz und: „Wer politische Verantwortung trägt, muss auch dazu stehen.“ Auch sei ein Zeugnisverweigerungsrecht für Betroffene nicht erforderlich; nach den bisherigen Erfahrungen mit Ausschüssen lähme solch ein Recht die Arbeit. Es stimme, dass jeder vor strafrechtlicher Selbstbelastung zu schützen sei; sollte es der Fall sein, dass eine Zeuge eine strafrechtliche Verfolgung zu befürchten habe, dann könnte „in dieser misslichen Situation“ eine neutrale Person in Gestalt eines „Beichtüchters“ (Morlok: Eine Erfindung von mir) dazwischengeschaltet werden: Dem zum Schweigen gezwungenen Richter habe der Zeuge sämtliche Fragen des Ausschusses zu beantworten, und der Richter habe zu entscheiden, ob die Verweigerung der Aussage tatsächlich durch das Zeugnisverweigerungsrecht gedeckt sei. Was den von der Regierung bei der (in der Regel abgelehnten) Herausgabe von Akten ins Feld geführten geschützten „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung“ angeht, so stellte Morlok fest: „Es gibt keine kontrollfreien Bereiche.“ Eine Begrenzung der parlamentarischen Kontrolle solle die Handlungsfähigkeit der Regierung erhalten. Das sei auf aktuelle Ereignisse zu beschränken, für abgeschlos-

*Die CDU-Fraktion will, dass das Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen geändert und an das Urteil des Verfassungsgerichtshofs des Landes vom 17. Oktober 2000 angepasst wird. Darin hatte das Gericht festgestellt, es stehe allein der Minderheit im Landtag zu, Teile des Untersuchungsauftrags zu streichen und dem so geänderten Antrag auch stattzugeben. Über den entsprechenden Gesetzentwurf (Drs. 13/322) führte der Hauptausschuss des Landtags unter seinem Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) am 10. Mai in öffentlicher Sitzung ein Gespräch mit drei Sachverständigen durch.*

sene Vorgänge, die jahrelang zurückklagen, gelte dies Argument keinesfalls. Der zweite Sachverständige, Dr. Gerhard Kretschmer aus Bonn, sagte: „Ich empfehle, den Gesetzentwurf der CDU anzunehmen.“ Im Interesse der Rechtssicherheit sei es geboten, im Gesetzentwurf klarzustellen, „dass die Minderheit und nicht die Mehrheit die Entscheidung hat“. Er regte an, darauf zu verzichten, zwischen Zeugen und Betroffenen zu trennen, weiterhin die Möglichkeit zur Vereidigung eines Zeugen vorzusehen und die Zuständigkeit des Amtsrichters beizubehalten. Skepsis verband er auch mit dem Recht des Untersuchungsausschusses, Zwangsmittel zu verhängen; auf Ablehnung stießen bei ihm Überlegungen, den Ausschussvorsitz nicht mit einem Parlamentarier, sondern mit einem Außenstehenden zu besetzen sowie die Vorschrift, den Vorsitz immer der antragstellenden Fraktion vorzubehalten. Von der Regierungsseite sollte verlangt werden, öffentlich darzulegen, warum sie ihr Recht geltend macht, Informationen zurückzuhalten. Einer Umkehrung der Prozesslast hielt er für nicht erstrebenswert — mit der Begründung: „Minderheitenrechte können nie Entscheidungsrechte sein, sondern nur Initiativrechte.“ Sonst finde eine Umkehr des demokratischen Mehrheitsprinzips statt. Das ehemalige Mitglied des Landtags NRW, Heinz Lanfermann (FDP), sprach aus seinen Erfahrungen als Richter, Staatssekretär, Parlamentarier und Vorsitzender eines Untersuchungsausschusses (er leitete im Düsseldorf Landtag von Ende 1988 bis Frühjahr 1990 den Ausschuss zur Untersuchung der Gladbecker Geiselaffäre). Er wies ebenfalls auf die Bedeutung des zeitlichen Aspekts bei

der Arbeit von Untersuchungsausschüssen hin und erwähnte dabei vor allem Reihenfolge und Menge der zu vernehmenden Zeugen. Hier sollten Mechanismen gefunden werden, damit sich die Untersuchung nicht dahinschleppende. Lanfermann riet zur Aufgabe der Unterscheidung zwischen Zeugen und Betroffenen, auch der Bundestag lasse diese Frage offen, weil er keine Chance auf eine saubere Definition erkennen könne. Generell plädierte er dafür, sich am Bild der Strafprozessordnung zu orientieren und die Rechte der vom Ausschuss zu Vernehmenden nicht weiter einzuschränken. Für Realismus sprach er sich bei Überlegungen zum (vor Ausforschung zu sichernden) Kernbereich des Regierungshandelns aus: „Wirklich wichtige Sachen werden in Akten sowieso nicht aufgeschrieben.“ Da sei in jedem Einzelfall eine Entscheidung zu fällen. Klarere und einfachere Gesetze seien gut und schön, wenn damit Streit zu vermeiden sei. Aber, so Lanfermann weiter, durch Definitionen dafür zu sorgen, dass ein Ausschuss besser laufe, sei eine „fragwürdige Sache“. In der Frage der Ausschussvorsitzenden sah der Sprecher ein Parlamentsmitglied — gleich ob von Mehrheit oder Minderheit — stets dem Verdacht der parteiischen Amtsführung ausgesetzt. Das Spannungsverhältnis sei aufzulösen, wenn der Vorsitzende so nah wie möglich an der Rolle und Verfahrensführung eines Richters agiere, das müsse nicht in jedem Fall ein Richter sein, auch ein Laie komme durchaus in Betracht. In dem Streitpunkt einer verfrühten Beweiswürdigung vor Abschluss der Beweiserhebung sei eher auf Appelle als auf mögliche Sanktionen zu setzen, die widersprüchen der Stellung der Ausschussmitglieder als Abgeordnete. Auf einen Eid sei zu verzichten; das Prozedere in diesem Fall sei zu zeitraubend, außerdem gebe es im Strafrecht die Vorschrift, gerade wenn eine Aussage zweifelhaft sei, auf die Vereidigung zu verzichten. Hauptausschussvorsitzender Edgar Moron (SPD) fasste zusammen, nach den Stellungnahmen der Sachverständigen sei noch kein Fazit möglich, das werde in den einzelnen Fraktionen zu besprechen sein. Wenn es im geltenden Gesetz hier und da etwas zu verbessern gebe, so habe er doch den Eindruck: „So schlecht ist unser Untersuchungsausschussgesetz eigentlich nicht.“ Er persönlich, merkte Moron noch an, halte nichts davon, den Ausschussvorsitz einem Richter aufzubürden: „Das wäre eine riesige Last.“



Die drei angehört Sachverständigen (v.l.): Heinz Lanfermann, Martin Morlok und Gerhard Kretschmer.

Foto: Schälte

## Themenvielfalt im Wirtschaftsausschuss

Unter Leitung des Vorsitzenden Dr. Helmut Linssen (CDU) wickelte der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 9. Mai eine umfangreiche Tagesordnung ab.

Auf Bitten der FDP berichtete Staatssekretär Jörg Bickenbach zum Thema „Schließung der mit Mitteln des Landes NRW geförderten Betriebsstätte der Recar Autorecycling GmbH Moers“, die 100-prozentige Tochterfirma der AGR werde zum 31. Dezember 2001 ihren Betrieb einstellen. Das Geschäft solle zum Standort Herten verlagert werden. Den 15 Beschäftigten seien dort Stellen angeboten worden. Die Geschäftserwartungen an ein flächendeckendes Recycling hätten sich nicht erfüllt, weil die Altauto-Verordnung auf EU-Ebene in anderer Form verabschiedet und auf Wunsch Berlins bis 2007 verschoben worden sei. Hauptabnehmer für Altautos seien zudem osteuropäische Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn). Das Ministerium prüfe, ob die Fördermittel (unterhalb einer Million Mark) zurückgezahlt werden müssten, wenn Arbeitsplätze verloren gingen.

Auf Nachfragen von Rüdiger Sagel (GRÜNE), Elke Talhorst (SPD) aus Moers und Dr. Gerhard Papke (FDP) nach Chancen des Weiterbetriebs durch eine Belegschaftsinitiative ergänzte er, Beratung für eine Auf-



SPD-Sprecher Werner Bischoff (l.) und Rüdiger Sagel (GRÜNE).

fangsgesellschaft werde nur finanziert, wenn Firmeneigentümer bereit seien, den Betrieb zu übertragen, was hier nicht der Fall sei. Die Landesregierung sei zum Gespräch bereit, er habe aber größte Bedenken. Es gebe zu wenige Schrottautos. Die Förderung der Anlagen von Herten und Moers sei nacheinander erfolgt.

Der Wirtschaftsausschuss lehnte den CDU-Antrag „Bundeseinheitliche aussagekräftige Gründungsstatistik muss endlich eingeführt werden“ und den Änderungsantrag der FDP dazu mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN nach kurzer Aussprache ab. Staatssekretär Bickenbach erklärte, mit der Arbeit des Bonner Instituts für Mittelstandsforschung, die laufend weiterentwickelt werde, sei die Landesregierung sehr zufrieden. Die Wirtschaft befürchte höhere Belastungen. Es sollten Vorstöße auf Bundes- und EU-Ebene abgewartet werden, meinte auch Professor Wolfgang Bollermann (SPD), der sich für die Aufnahme regionaler Aspekte aussprach. CDU-Sprecher Christian Weisbrich sagte: „Wir glauben der statistischen Schönrederei der Landesregierung nicht“ und verlangte schnellere und bessere Zahlen. Die Finanzierung des Instituts sei bis 2005 gesichert, sagte der Staatssekretär. Im Nachgang zu seinem Vortrag im Wirtschaftsausschuss am 7. März sandte Geschäftsführer Dr. Gunter Kayser dem Landtag inzwischen eine 55-seitige Ausarbeitung zur Gründungsstatistik im Institut für Mittelstandsforschung (Vorlage 13/632). Hannelore Brüning (CDU) beklagte bei der Aussprache über den FDP-Antrag zur Verkleinerung der Bundeswehr die Taktiererei ohne Hilfszusagen für die vom Truppenabzug bedrohten Gemeinden. Dr. Papke (FDP) bedauerte, dass es kein gemeinsames Votum aller Fraktionen gebe. Der Staatssekretär stimmte den Forderungen an die Bundesregierung im Koalitionsantrag zu: ein Sonderprogramm zur regionalen militärischen Konversion (Umwandlung), rasche Abwicklung der Grundstücksverkäufe und zügige Freigabe von Wohngebäuden. Hinzu



FDP-Sprecher Dr. Gerhard Papke (l.) und Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen (CDU).

Fotos: Schälte

müsse sozialverträglicher Personalabbau kommen. „Wir sind nicht zufrieden mit Berlin“, sagte er und vermisste gleichzeitig intelligente Nachnutzungsideen der Kommunen. Werner Bischoff (SPD) lehnte das CDU-Votum für eine den Montanregionen ähnliche Regelung ab und hielt die acht Antragsforderungen von SPD und GRÜNEN für richtig und wichtig. Die Ausschussmehrheit nahm deren Entschließung (Drs. 13/1009) gegen die CDU- und FDP-Stimmen an.

Auch den FDP-Antrag „Grundstücke für flächenintensive Großvorhaben verfügbar machen“ lehnte die Mehrheit ab, nachdem Staatssekretär Bickenbach auf hohe Kosten hingewiesen und für einen intelligenten Mittelweg anhand konkreter Flächen plädiert hatte. Vorratserschließung sei nicht möglich. Minister Schwanhold ergänzte, es sei möglich, die Planungssicherheit vorzubereiten. Rüdiger Sagel (GRÜNE) unterstützte Umweltverträglichkeitsprüfungen hierzu und warf der FDP rein ökonomische Interessen vor.

Einstimmig nahm der Wirtschaftsausschuss den SPD-/GRÜNE-Antrag „Medienkompetenz fördern“ an, wobei dem federführenden Medienausschuss das Einarbeiten der FDP-Entschließung empfohlen wird. An der Anhörung des Kommunalausschusses zum CDU-Antrag „Ehrenamt stärken“ möchte der Wirtschaftsausschuss beteiligt werden.

(wird fortgesetzt)

## Haushaltsausschuss

### Straßenbau-Betrieb

In der von Volkmar Klein (CDU) geleiteten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses berichtete Staatssekretär Dr. Harald Noack am 10. Mai auf Bitten der CDU zum Thema „Kosten der Verlagerung der Straßenbauverwaltung von den Landschaftsverbänden auf das Land“ und beantwortete Fragen von Edith Müller (GRÜNE) nach Auswirkungen von Berliner Beschlüssen auf den Landeshaushalt.

Nach Abzug von 310 Millionen Mark, mit denen die Landeszuweisungen an die Gemeinden befrachtet worden seien, entsprechend einem Kompromiss im Landtag, verblieben 90 Millionen Mark Belastung für den Landeshaushalt, erläuterte Dr. Noack. Zutreffend sei auch die Summe von 24 Millionen Mark, die das Land für die Zusatzversorgung der ehemaligen Bediensteten der Landschaftsverbände übernehme. Die Anlaufkosten würden in den nächsten Jahren

entfallen, und Synergieeffekte seien zu erwarten.

Der Straßenbau werde durch den Landesbetrieb nicht teurer als bei den Landschaftsverbänden, ergänzte Staatssekretär Jörg Hennerkes (Wirtschaftsministerium). Mehrkosten könnten höchstens durch politische Zukunftsziele wie die integrierte Gesamtverkehrsplanung entstehen. Einmalige Aufwendungen entstünden durch die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens, Controlling, Projektmanagement und Technik-Vernetzung. Die von CDU-Sprecher Helmut Diegel vermuteten „Investitionshemmnisse“ im Straßenbau durch Umstellung auf den Landesbetrieb habe es nicht gegeben, wie auch die Wirtschaft bei einem „Baugipfel“ der Landesregierung bestätigt habe. Die von Winfried Schittges (CDU) erwähnten Kosten für die neu errichteten Regionalräte in Höhe von 2,6 Millionen Mark seien vom Haushaltsausschuss beschlossen worden, wurde erinnert. Nach Fragen von Rüdiger Sagel (GRÜNE), Manfred Palmen (CDU) und Dr. Ingo Wolf (FDP) nach erwarteten Einsparungen durch den Landesbetrieb und nach Übertragung von (kommunalem) Vermögen erklärte Ernst-

Martin Walsken (SPD) das Problem, ob Umlageverbände überhaupt Vermögen aus Gemeindefinanz bilden dürften, zur Grundsatfrage. Er bestätigte, bei der Gründung des Landesbetriebs Straßenbau sei es darum gegangen, die Straßenbauplanung an die für regionale Entwicklung zuständigen Behörden, wie andernorts die Bezirksregierungen, zu bringen.

Die Sprecherin der GRÜNE-Fraktion Edith Müller erhielt auf ihre Fragen nach Auswirkungen von Berliner Regierungsbeschlüssen auf die Landesfinanzen die Antwort, durch die vom Bund geplante Kindergelderhöhung entstünden dem Land Folgekosten von 250 bis 300 Millionen Mark jährlich. Die Haushaltsbelastung durch die private Altersversorgung bezifferte Staatssekretär Dr. Noack auf zunächst 450 Millionen Mark, ansteigend auf zwei Milliarden Mark im Jahr 2008. Der Haushalts- und Finanzausschuss beschloss auf Wunsch von CDU und FDP, in einer weiteren Sitzung vor der Sommerpause sich von der Landesregierung über den Sachstand zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und über das Brüsseler Vorgehen beim Thema Landesbanken informieren zu lassen.

## Kinder und Drogen:

# Experten mahnen eigenes Konzept für Hilfen an

Auf das „Versorgungsdilemma“ bei der Behandlung drogenkranker Kinder und Jugendlicher hat das Expertengespräch aufmerksam gemacht, das der Gesundheitsausschuss (Vorsitzender Bodo Champignon, SPD) zusammen mit dem Kinder- und Jugendausschuss (Vorsitzende Annegret Krauskopf, SPD) am 9. Mai in öffentlicher Sitzung durchgeführt hat. Sieben Sachverständige machten deutlich, dass es nicht reicht, Konzepte der Drogenhilfe für Erwachsene auf junge Menschen zu übertragen. Es müsse dringend ein Hilfsangebot geschaffen werden, das speziell auf Kinder und Jugendliche zugeschnitten sei.

Von der Düsseldorfer Drogenhilfe berichtete Joachim Alxnat über die Zersplitterung, der sich ein junger Mensch gegenübergestellt sieht, wenn er wegen seines Drogenproblems Hilfe sucht: Es gebe in der Landeshauptstadt für ihn keine Anlauf- oder Beratungsstelle, in Wohnheimen oder -gruppen würden sie untergebracht wie „normale Jugendliche mit Erziehungsproblemen“. Diese Einrichtungen seien schnell ratlos, überfordert oder schauten weg, wenn es um den Gebrauch von Drogen gehe. Die vorhandenen Einrichtungen der Jugendhilfe, der Drogenhilfe und der Psychiatrie arbeiteten nur zum Teil vernetzt, aber auch völlig nebeneinander her. Die Zahl der Plätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie reiche nicht aus, die Wartezeiten seien zu lang und gefährdeten die Motivation besonders der jungen Menschen, sich einer Therapie zu unterziehen. Das täten sie ohnehin kaum freiwillig, oft sei es nur extremem Druck von außen zu verdanken, dass sie ihre subkulturelle Zusammengehörigkeit überwinden und um Hilfe nachkämen. Die jungen Menschen seien eher Opfer als Täter, ihnen müsse man ein differenziertes Angebot machen, das Alxnat so umriss: Halten ohne Festhalten, Bilden von emotionalen Polen, Substitution auch für unter 18-Jährige und Wohnformen mit der Möglichkeit zum Drogenkonsum als Voraussetzung für den späteren Ausstieg. Oft sei bei den jungen Menschen nur eine „Begleitung“ möglich, um sie vor der weiteren Verelendung zu bewahren. Die Zahl abhängiger Kinder und Jugendlicher in NRW sei auf etwa 35 000 zu schätzen, stellte Professor Dr. Beate Herpertz-Dahlmann fest. Die Direktorin der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie in Aachen stufte vor dem Ausschuss die Versorgungssituation im westlichen Rheinland als extrem schlecht ein. In ganz NRW gebe es nur 40 stationäre Betten für Kinder und Jugendliche, 100 müssten es aber in der Psychiatrie wenigstens sein. Neben Drogen seien oft auch seelische Erkrankungen vorhanden. Die müssten ebenso behandelt werden, wie mit den Familien zu arbeiten sei, in die etwa die Hälfte der jungen Menschen nach der Therapie wieder zurückkehre.

Dr. Herbert Berger vom Gesundheitsamt der Stadt Köln zeigte sich erbittert darüber, dass

es in den vergangenen zehn Jahren nicht gelungen sei, für den Krankenhausversorgungsbereich V (Köln, Erftkreis, Leverkusen, Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis) neun klinische Betten für suchtkranke/drogenabhängige Kinder und Jugendliche einzurichten. Ohne diesen stationären Angebotsstein könne keine möglichst frühzeitige, gemeindenahere und ebenso familienfreundliche wie familiennahe Hilfe angeboten werden. Sein Appell an die Parlamentarier: „Bitte ändern Sie die Situation in den Kliniken, die ist seit zehn Jahren unerträglich!“

Norbert Schäfer, Leiter der Solinger Jugend- und Drogenberatung, nannte es als besonderen Vorteil der Solinger Stelle – einer Mischung aus Suchtkrankenbehandlung und Erziehungseinrichtung –, dass es hier die erwähnte Schnittstellenproblematik nicht gebe; beides, Jugendhilfe und Drogenhilfe, werde angeboten. „Jugendliche mit Drogenproblemen fallen nicht vom Himmel“, führte er aus, die Sucht habe meist eine Vorgeschichte von belasteter Kindheit, Missbrauch, Sucht in der Familie und Armut. Neben der Neugier wiesen auch frühere Verhaltensauffälligkeiten wie Diebstähle oder Schulverweigerung auf eine Drogenkarriere hin. Die Suchtabhängigkeit sei nicht isoliert als zu behandelnder Auslöser zu sehen, sondern als Facette eines „devianten“ (abweichenden) Lebensstils. Schäfer hielt nichts davon, bloß „auf die Droge zu starren“, die jungen Menschen seien da abzuholen, wo sie stehen. Wenn es möglich sei, in ihrem „devianten“ Lebensstil – oft als Provokation der Erwachsenen oder als „Hilferuf“ an die Umgebung gemeint – eine Verhaltensänderung zu erreichen, dann bestehe die Aussicht auf eine Besserung der Abhängigkeit. Drogenabhängigkeit sei so als „Endzustand“ zu sehen, durch eine funktionale Vernetzung der Hilfen könne man verhindern, dass die weitere „Karriere“ dorthin führe.

Der Chefarzt der psychosomatischen Klinik Bergisch Gladbach, Dr. Thomas Kuhlmann, bedauerte, dass es derzeit fast unmöglich sei, fachlich angemessene Hilfe für Kinder und Jugendliche in angemessener Zeit anzubieten. Die Lücke sei nur zu schließen, wenn irgendeine Institution eine Station speziell für Kinder und Jugendliche mit dem entsprechenden Angebot aufmache. Er erwarte den Impuls für einen solchen Schritt, „damit nicht erst bei einem 18-jährigen Patienten versucht werden muss, mit riesigem Aufwand dessen Tod zu verhindern“.

Drogengefährdete Jugendliche brauchen eine auf sie abgestimmte Hilfe, genügend Beratungs- und Behandlungsplätze müssen vorhanden sein, denn Wartelisten erhöhten die Rückfallgefahr. Diese Schlüsse zog der Bielefelder Gesundheitswissenschaftler Walter Farke aus einer Untersuchung. Im Rahmen einer Entgiftung sollte bei minderjährigen Abhängigen bereits die Motivation für eine weitere Therapie in der Nachbehandlung eingeleitet werden. Farke: „Schwerwiegende Störungen bedürfen einer längeren Nachsorge.“ Auch den Drogenberatungslehrern an den Schulen müssten mehr Angebote zur Unterstützung und Vernetzung zukommen.

Ein kinder- und jugendspezifisches Hilfenetzwerk vom Kindergarten bis zur Reintegration in die Schule schlug Dr. Georg Siefert, Leitender Arzt an der Westdeutschen Klinik in der Haard, dem Fachkrankenhaus für Kinder- und Jugendpsychiatrie Marl, vor. Er verlangte, die Suchtforschung bei Kindern und Jugendlichen müsse noch intensiver werden. Jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt sollten verpflichtet werden, einen hauptamtlichen Koordinator in der Jugendhilfe und der Jugendsuchthilfe einzustellen. Die Stationen der Fachkrankenhäuser seien wichtige Knotenpunkte eines Netzwerks der Kinder- und Jugendhilfe.



Der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, Bodo Champignon (r.), hat eine Delegation des rumänischen Gesundheitsministeriums begrüßt. Themen des Gesprächs, das die Gäste mit den Fraktionsobleuten im Ausschuss führten, waren die Gesundheitsversorgung und Fragen der Struktur von Ärztekammern. Unser Bild zeigt v. r.: Bodo Champignon, den stellvertretenden Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses im rumänischen Senat und Präsident der Ärztekammer in Bukarest, Professor Dr. Sorin Opreșcu, und Dr. Franzis Jeczinsky. Foto: Schälte

## 7. Landesjugendbericht:

### „Zutreffende Beschreibung der Wirklichkeit“

*Die Landesregierung habe in ihrem siebten Kinder- und Jugendbericht (Vorlage 12/3096), die Lebenswirklichkeit der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen zutreffend beschrieben. Seine politischen Handlungsperspektiven könne man sich zum Teil noch konkreter vorstellen. Trotz der respektablen und beachtenswerten Darstellung aus dem Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit sei es wünschenswert, wie auf Bundesebene üblich, den Kinder- und Jugendbericht nicht durch die Landesregierung selbst, sondern von einer unabhängigen Expertenkommission erstellen zu lassen. So könnten vorhandene Probleme deutlicher benannt und die öffentliche Diskussion erleichtert werden. Das war der Tenor einer Anhörung zum Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung, zu der der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (Vorsitzende Annegret Krauskopf, SPD) am 10. Mai Fachleute aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in den Plenarsaal des Landtags eingeladen hatte.*

Der aktuelle Kinder- und Jugendbericht, den die Landesregierung nach dem Ersten Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes in jeder Legislaturperiode vorlegen muss, behandelt Chancen, Risiken und Herausforderungen, die sich für Kinder und Jugendliche an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ergeben. Dabei stehen für die Landesregierung die Ziele von Prävention, Integration, Partizipation und Emanzipation im Mittelpunkt der Kinder- und Jugendhilfe. Diese soll dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche Lebensentscheidungen treffen können und nicht scheitern, an der Gestaltung ihrer Lebenswelt mitwirken, zu selbstverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten heranwachsen, sich entwickeln und ihren Platz in der Gesellschaft finden können.

Zu Beginn seiner Stellungnahme nannte der Soziologe Prof. Dr. Werner Fuchs-Heinritz von der Fernuniversität Hagen einen trotz Zukunftssorgen wieder gestiegenen Optimismus, den starken Wunsch nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Skepsis gegenüber Ausländern und ein vor allem in Ostdeutschland sinkendes Interesse an Politik als zentrale Ergebnisse der von ihm mitverfassten jüngsten Shell-Jugendstudie. Den Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen bescheinigte Fuchs-Heinritz ein überdurchschnittliches Interesse an Politik und eine eher unterdurchschnittliche Mobilitätsbereitschaft sowie geringere Fremdsprachenkenntnisse. Ausländerfeindliche Tendenzen sieht Fuchs-Heinritz bei Jugendlichen nicht als Ausdruck von Rechtsradikalismus, sondern von sozialer Verunsicherung. Auch seien Jugendliche nicht grundsätzlich politisch uninteressiert, sondern wollten sich nur zeitlich befristet und projektorientiert engagieren. Konkretere Aussagen erhofft hätte sich der Hagener Soziologe vom Kinder- und Jugendbericht über jugendliche Lebensentwürfe, pädagogische Förderdefizite bei ausländischen Kindern und Jugendlichen sowie über notwendige Veränderungen der Arbeitswelt, die sich aus dem Jugend-Wunsch nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergeben.

Heinz-Josef Kessmann von der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege betonte die entscheidende Bedeutung, die der Partizipation Jugendlicher zukomme, wenn es um die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen gehe. Er forderte, bei der Jugendhilfeplanung alle Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen Betroffenheit in den Blick zu nehmen. Auch die stationäre Jugendhilfe müsse in den Kinder- und Jugendbericht aufgenommen werden.

Kurt Eichler von der Landesvereinigung

Kulturelle Jugendarbeit erklärte, dass eben die kulturelle Jugendarbeit als Orientierungshilfe für Jugendliche nicht zu unterschätzen sei. Obwohl eine Befragung von 8 000 Jugendlichen eine breite Resonanz der kulturellen Jugendarbeit belege, räumte Eichler ein, dass man mit diesem Angebot derzeit noch nicht alle sozialen Schichten erreiche und an der Verwirklichung eben dieses Zieles noch arbeiten müsse.

Dieter Göbel, der für den Landschaftsverband Rheinland und das Landesjugendamt sprach, forderte von der Landesregierung, auch kritische Punkte klar zu benennen und warnte vor Worthülsen. Kinder und Jugendliche, so Göbel, müssten sich auch zweckfrei betätigen und gemeinsam Spaß haben dürfen. Schule und Jugendhilfe wies er einen gemeinsamen erzieherischen Auftrag zu, bei dessen Erfüllung Synergieeffekte genutzt werden könnten. Für den Bereich der Jugendhilfe sprach er sich allerdings für eine klare Trennung und gegen eine Entgrenzung der verschiedenen Aktionsfelder aus. Dr. Ute Sparschuh mahnte im Namen des Evangelischen Büros Nordrhein-Westfalen, die Gesamtheit der Lebensbedingungen von Jugendlichen in den Blick zu nehmen und den Bildungsbegriff nicht allein auf den Beruf zu reduzieren. Sie wies außerdem darauf hin, dass eine breit angelegte Jugendarbeit nicht zum Nulltarif und ohne zusätzliches Personal zu haben sei. Auch müsse sich die Landesregierung Gedanken darüber machen, wie der Betrieb der zukünftig geplanten Ganztagschulen konkret geregelt werden solle. Darüber hinaus solle man sich fragen, was Kinder bräuchten und lernen müssten.

Ihr Kollege Donatus Beisenkötter vom Katholischen Büro Nordrhein-Westfalen begrüßte die vom Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung formulierten Ziele Prävention, Integration, Partizipation und Emanzipation als übergeordnete Leitideen, die allerdings nicht gleichermaßen auf alle Bereiche der Jugendhilfe anzuwenden und deshalb interpretationsfähig seien. Klarheit vermisste Beisenkötter bei konkreten Infrastrukturfragen. Jugendhilfe dürfe sich nicht allein darauf beschränken, eine Verschlechterung der Lebenschancen von Jugendlichen zu verhindern, sondern muss das Ziel haben, deren Entwicklungschancen konkret zu verbessern. Das gelinge nur, wenn sie sozial benachteiligte Jugendliche fördere und zugleich alle Jugendlichen mit Angeboten erreiche, die sich dem Markt entzögen und damit unabhängig vom Portmonee der Eltern seien.

Die Vorsitzende des Landesjugendringes, Barbara Dahmen, machte deutlich, dass Jugendliche mit ihrem Engagement in Ju-

gendverbänden oder durch Begegnung und gemeinsame Freizeitgestaltung bereits Demokratie und Solidarität einüben und dabei auch Verantwortung übernehmen. Hier könnten Jugendliche selbst zu Wort kommen und ihre Fähigkeiten gefördert werden. Norbert Kozicki von der Arbeitsgemeinschaft Haus der offenen Tür (AGOT) vermisste im Kinder- und Jugendbericht konkrete Erkenntnisse über Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft. Er forderte eine nachhaltige Verbesserung der sozialpolitischen Rahmenbedingungen für Kinder und Jugendliche und warnte davor, dass die soziale Herkunft auch wieder über Bildungschancen entscheide. In diesem Zusammenhang und mit Blick auf die diskutierte Funktion der Kindergärten als soziales Frühwarnsystem kritisierte Kozicki auch die aus seiner Sicht viel zu geringen Landesausgaben für die pädagogische Arbeit, die dort geleistet werden solle. Ebenfalls wies der Vertreter der AGOT auf den Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung und politischem Desinteresse hin.

Gerhard Stranz von der Internationalen Vereinigung Waldorf-Kindergärten wies darauf hin, dass der seit 1996 geltende Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in der Praxis noch lange nicht in jedem Fall erfüllt werde. Er verlangte eine stärkere Nachfrageorientierung sowie eine vermehrte Einbeziehung von Praktikern in die Jugendhilfeplanung und forderte außerdem eine Bildung von Anfang an, die bereits in den Kindergärten einsetzen müsse.

Für die Landesarbeitsgemeinschaft Kinder und Jugendschutz sagte Jan Lieven, dass sich Jugendhilfe als zweckfreie Erziehung verstehe. Er bemängelte, dass die von der Jugendhilfe geleistete Arbeit in den Bereichen Sucht- und Gewalt-Prävention im Kinder- und Jugendbericht nicht ausreichend dargestellt worden sei. Gute Hinweise habe der Bericht allerdings für einen auf europäischer Ebene koordinierten Jugendmedienschutz gegeben. Im Übrigen seien überzogener Medienkonsum und Gewalt kein alleiniges Jugend-, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Mit Blick auf die Vermittlung von Medienkompetenz, etwa im Umgang mit Computer und Internet, warnte Lieven davor, die Einflussmöglichkeiten der Jugendhilfeeinrichtungen zu überschätzen. Der stellvertretende Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, Hans Wocha, warf dem Kinder- und Jugendbericht vor, die Vielfalt der Jugendarbeit nicht ausreichend dargestellt zu haben. Er wies darauf hin, dass viele Kinder und Jugendliche keinen Zugang zu Computern und Internet hätten. Die bereits vorhandenen Internet-Cafés seien nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb müssten die Möglichkeiten öffentlicher Internetzugänge weiter ausgebaut werden. Wocha sprach sich gleichermaßen für Vernetzung und Profilierung der bestehenden Jugendhilfeeinrichtungen aus.

Ulrike Graff von der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit wies drauf hin, dass die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Mädchen als zentraler wahrgenommen werde als von den Jungen. Beruf und Familie seien nur schwer miteinander zu vereinbaren, solange nicht die Voraussetzungen und das Bewusstsein dafür geschaffen seien, dass Frauen und Männer

Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen könnten. (wird fortgesetzt)



Expertinnen bei der Anhörung „Frauengesundheit“, v. r. Professor Petra Kolip (Bremen), Dr. Yesim Erim-Frodemann (Essen), Dr. med. Doris Bardehle (Bielefeld).



Die Vorsitzende des Frauenausschusses Gerda Kieninger (SPD) leitete die Anhörung. Fotos: Schälte

## Frauengesundheit im Blickfeld einer Anhörung

### Unterschiedliche Leiden kaum erforscht

Der Ausschuss für Frauenpolitik führte am 11. Mai eine ganztägige öffentliche Anhörung zum Gesundheitsbericht NRW – Gesundheit von Frauen und Männern (Vorlage 13/275, 380 Seiten) und zum Antrag von SPD und GRÜNEN „Frauengerechte Gesundheitspolitik“ (Drs. 12/4677) durch.

Im ersten Themenblock „Soziodemografische Situation“ ging es um die Datenlage und den Forschungsbedarf, um benachteiligte Frauengruppen sowie Anforderungen an eine zukünftige Gesundheitsberichterstattung. Im Block II behandelten die Sachverständigen Qualitätsverbesserungen in Vorsorge und medizinischer, psychologischer und pflegerischer Versorgung einschließlich Stärkung der Eigenkompetenz von Frauen im Umgang mit Gesundheit und Krankheit. Im Block III wurden ausgewählte Krankheiten (Herz-Kreislauf, Krebs, Diabetes, Sucht, Psychische Erkrankungen, Burn-out-Syndrom) behandelt. Block IV war dem Forschungsbedarf gewidmet.

In ihrem sechsseitigen Antrag, der den rund zwei Dutzend Expertinnen und Experten zusammen mit der Einladung übersandt wurde, stellen die Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE unter anderem fest, im NRW-Gesundheitswesen nähmen überwiegend Männer leitende Funktionen wahr. Mit der rasant fortschreitenden Medizintechnik gehe eine hochspezialisierte Verästelung einher. Ganzheitliche, fächerübergreifende und geschlechtsdifferenzierte Betrachtung gebe es kaum. Nach vielen, bereits umgesetzten wichtigen Schritten der Landesregierung solle ein Diskurs über den Zusammenhang zwischen Geschlecht und Medikamenten-

Wirkung angeregt, ein Datenpool Frau und Gesundheit aufgebaut und ein Gesamtkonzept mit Handreichungen für die Gemeinden und Kreise entwickelt werden.

Dr. Monika Weber (Internationales Zentrum für Frauengesundheit Bad Salzuflen) plädierte als erste Rednerin für ein lebensweltbezogenes Gesundheitsverständnis. Selbst bei gleicher Betroffenheit erlebten Frauen und Männer Krankheiten unterschiedlich. Unterschiede gebe es auch beim Verhalten und bei der Behandlung. Die Benachteiligung der Frauen setze sich im Gesundheitsbereich fort.

Professor Dr. Hans-Udo Eickenberg (Urologische Klinik Bielefeld) berichtete, bei Frauen bleibe ein Herzinfarkt häufig unerkannt, weil Ärzte Männerkrankheiten ansähen und die Symptome bei Frauen in eine psychosomatische Richtung drängten. Bei der Krebsvorsorge seien Männer nur zu einem Drittel beteiligt. Die Hormonforschung beim Mann hinke 35 Jahre hinterher. Wegen der um durchschnittlich sieben Jahre höheren Lebenserwartung der Frauen litten durch die budgetierte Finanzierung des Gesundheitssystems mehr Frauen. Mehr Forschung sei nötig, auch zum früheren Sterben von Männern.

Professor Dr. Petra Kolip (Universitätsinstitut für Präventionsforschung, Sozialmedizin und Epidemiologie Bremen) vermisste Sachverständige über benachteiligte Frauengruppen wie Alleinerziehende und Obdachlose. Zur geringeren Lebenserwartung der Männer wies sie auf verhaltensbedingte Todesursachen (Unfälle, Lungenkrebs, Herzinfarkt, Leberzirrhose) und auf fehlende Vorsorge-Programme hin. Sie stellte Ergebnisse einer Studie über den Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und Gesundheit vor, die Grundlage für bessere Arbeitszeitmodelle sein könnten. Mit Ausnahme von Müttergenesungskuren würden Belange der Frauen bei der Rehabilitation wenig berücksichtigt. Als erfolgreich stellte sie kommunale „runde Tische“ dar, wie in Münster zum Thema „Medikamentenkonsum von Frauen“ und

das Bremer Forum Frauengesundheit, das alle drei Monate tage, zurzeit ein Modellprojekt Mammografie bearbeite und vom Deutschen Städtetag zur Nachahmung empfohlen werde.

Dr. Doris Bardehle (Fakultät Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld) berichtete, auch als Mitautorin des Kapitels „Die gesundheitliche Lage von Frauen und Männern in NRW“ im Landesgesundheitsbericht, unter anderem von höherer Lebenserwartung der Männer in Bonn und niedrigerer in Gelsenkirchen, beide abweichend vom Landesdurchschnitt. Lungenkrebs als Todesursache von Frauen nehme zu. Bei beiden Geschlechtern sei Zunahme von Bluthochdruck, erhöhtes Cholesterin und Folgen von Drogenkonsum zu verzeichnen. Eine Feststellung aus dem Kapitel über benachteiligte Frauengruppen: Beim schlechteren Gesundheitszustand allein erziehender Mütter, mit mehr Schlaflosigkeit, Herzbeschwerden und Rückenschmerzen, könnten Rauchen und Psychopharmaka als Bewältigungsversuche einer belastenden Lebenssituation angesehen werden. Weiterer Forschungsbedarf bestehe auch für minderjährige Mütter, Migrantinnen und langzeitarbeitslose Frauen.

Dr. Yesim Erim-Frodemann (Psychiatrie/Psychosomatik Universität Essen) stellte ein eindrucksvolles Projekt zur Verbesserung der Gesundheitsbetreuung von Migrantinnen und Migranten vor. „Sie brauchen muttersprachliche Angebote in der Sprechstunde, bei Beratung und auf Station“, meinte sie und wies auf besondere Probleme nachziehender Bräute und bei Gewalt in der Familie hin.

Renate Bernards (Netzwerk Mädchen und Frauen mit Behinderungen Münster) wies auf besondere Probleme der Gruppe als Opfer sexueller Gewalt, durch Armut, als niedrig stehende Randgruppe mit besonderem Stress und auf Nachteile durch männliche Gutachter und Sachbearbeiter hin.

Dr. Lale Akgün (Leiterin des Landesentrums für Zuwanderung Solingen) befasste sich mit der Situation von Migrantinnen. „Armut macht krank, Migranten sind davon besonders betroffen“, stellte sie fest, aber auch: Migrantinnen kämen sehr gut mit dem Stress durch Zuwanderung zurecht, ihre Krankheiten hätten die gleichen Ursachen wie bei deutschen Patientinnen. Sie forderte, bei der Fortschreibung der NRW-Gesundheitsberichterstattung deren unterschiedliche Lebens- und Arbeitsbedingungen darzustellen (wird fortgesetzt).



Auf die Stillpause wartete der Sohn von Dr. Angela Maienborn (Ärztammer Westfalen-Lippe) mit seinem Babysitter-Vater.

## **Medienausschuss-Anregungen im WDR-Studio Düsseldorf**

### **Ausschusssitzungen und Kleine Anfragen ins Internet stellen**

#### **Bürger sollen Abgeordnete in Fernsehsendungen erreichen können**

Der Medienausschuss beschäftigte sich unter Leitung seiner Vorsitzenden Claudia Nell-Paul (SPD) im Studio Düsseldorf des WDR mit aktuellen Entwicklungen beim WDR, mit dem Antrag von SPD und GRÜNEN „Neues e-Medium nutzen – Wertschöpfung am Standort NRW beschleunigen“ (Drs. 13/712). Den Antrag der CDU „Rundfunk im digitalen Zeitalter braucht eine zukunftsgerichtete Medienpolitik – Eckpunkte für die Novellierung des Landesrundfunkgesetzes“ (Drs. 13/689) lehnte die Mehrheit ab, da sich inzwischen alle Fraktionen für ein neues Rundfunkgesetz ausgesprochen hätten und die Staatskanzlei an der Neufassung arbeite. Mit dem Intendanten des WDR Fritz Pleitgen, dem Programmbereichsleiter Landesprogramme Fernsehen Harald Brand und dem Technischen Direktor Dr. Dieter Hoff diskutierten die Ausschussmitglieder über neue Rundfunk- und Fernsehertechnik (Digitalisierung), die Internetpräsenz des WDR und die Regionalisierung.

Harald Brand berichtete, dass die Akzeptanz der Regionalsendungen des WDR innerhalb von neun Jahren von 9,6 auf heute rund 20 Prozent gestiegen sei. Zurzeit würden neun Lokalzeitausgaben an sechs Tagen in der Woche gesendet. Im Studio Düsseldorf, vor zehn Jahren in Betrieb genommen, arbeiteten 250 festangestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 50 Redakteure. Dr. Hoff ergänzte, an der Digitalisierung der Verbreitungswege von Hörfunk und Fernsehen führe kein Weg vorbei. Dabei müsse auf ein zugangsoffenes System geachtet werden. Die Abschaltung der analogen Fernsehverbindungen müsse verbraucherfreundlich Zug um Zug erfolgen. Lothar Hegemann (CDU) fragte, ob zur Unterstützung eines zugangsoffenen Systems gesetzgeberische Maßnahmen notwendig seien. Marc Jan Eumann (SPD) wollte wissen, wie eine bessere Beteiligung der Menschen an den Medien erreicht werden könne. Er halte es für sinnvoll, im Fernsehen ein eigenes Medienmagazin zu senden. Dr. Stefan Grüll (FDP) fragte nach dem Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Fernsehens und der Unterscheidung von den privaten Fernsehsendern.

Intendant Fritz Pleitgen betonte, die ARD habe immer die Politik verfolgt, bei der Digi-

talisierung offene Standards zu schaffen. Ob nationale gesetzliche Vorgaben hierfür notwendig seien, hänge von den europäischen Regelungen ab, die noch nicht bekannt seien. Das analoge Fernsehen müsse bis 2010, der analoge Rundfunk bis 2015 abgeschaltet werden. Dabei müsse darauf geachtet werden, dass die Digitalisierung nicht nur in Ballungsräumen erfolge, sondern gleichmäßig ausgedehnt werde. „Mittmachendungen“ gebe es bereits im WDR-Fernsehen, wie z. B. „Mittwochs live“. Es sei geplant, Bürgersendungen zu produzieren, in denen Bürgerinnen und Bürger Abgeordnete aus dem Landes-, Bundes- und EU-Parlament befragen könnten. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen unterscheide sich deutlich von privaten Fernsehsendern, die auch Sendungen mit unterhaltendem Charakter als Informationssendung auswies. Allerdings müssten auch die Zuschauerinnen und Zuschauer erreicht werden. Politische Magazine, die direkt im Anschluss an eine Unterhaltungssendung ausgestrahlt würden, verzeichneten höhere Einschaltquoten. Zum Internet-Angebot sei festzustellen, dass der WDR nur einen bescheidenen Anteil an der Internetnutzung habe. Es sei in der ARD erst kürzlich beschlossen worden, ein großes Nachrichten-

portal zu schaffen. Das umfassende Korrespondentennetz der ARD könne den Nutzerinnen und Nutzern helfen, sich in der Informationsvielfalt zurechtzufinden. In der Endausbauphase sollen im WDR 31 Internet-Redakteure beschäftigt werden. Von einer „dritten Programmsäule“ könne jedoch nicht gesprochen werden. E-Commerce werde nur zurückhaltend, etwa zum Umsatz für die Produkte der „Sendung mit der Maus“ betrieben, um einer Gefahr für die redaktionelle Abhängigkeit wie in USA zu entgehen.

Ausschussvorsitzende Nell-Paul betonte, durch die Technik werde künftig die Trennung von TV und Internet aufgehoben. Oliver Keymis (GRÜNE) hielt es für wichtig, dass sich öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen am Internet beteiligten, weil es das entscheidende Zukunftsmedium sei. Hannelore Kraft (SPD) erschien die Haltung des WDR in dieser Frage zu defensiv; sie halte ebenfalls ein öffentlich-rechtliches Internetangebot mit ausgesuchten Informationen für notwendig.

Zum Antrag von SPD/GRÜNE „Neues e-Medium nutzen“ nahm der Ausschuss einen ausführlichen Bericht aus dem Innenministerium entgegen, der sehr detailliert auf die Probleme der elektronischen Signatur einging. Über den Antrag soll in der nächsten Ausschuss-Sitzung abgestimmt werden. In diesem Zusammenhang kündigte die Vorsitzende an, sie werde den Landtagspräsidenten um Prüfung bitten, ob künftig öffentliche Teile von Ausschuss-Sitzungen auch im Internet übertragen werden könnten. Außerdem werde sie auf Anregung des Ausschusses das Problem der „Papierflut“ im Landtag ansprechen und ob es möglich sei, Teile der Landtagsunterlagen, etwa Kleine Anfragen, nur noch elektronisch verteilt werden könnten. *Silvia Winands*

## **Samland-Verfahren**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) befasste sich in den vom Vorsitzenden Volkmann Klein (CDU) geleiteten Sitzungen am 26. April und am 10. Mai auf Antrag der CDU-Opposition mit dem Thema „Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Minister Samland“. Finanzminister Peer Steinbrück beantwortete zahlreiche Fragen der CDU- und der FDP-Fraktion. Aufgrund der vom Minister mitgeteilten Daten stellte die CDU anschließend fest, der frühere Minister habe eine Sonderbehandlung durch die Finanzbehörden erfahren. Dieser Feststellung widersprach der Minister, sagte aber zu, die Einleitung von Disziplinarverfahren gegen die Sachbearbeiter im Fall Samland zu prüfen.

Nach den Auskünften des Ministers in der Sitzung am 26. April ist beim Finanzamt Essen-Süd am 19. Oktober 2000 eine Kontrollmitteilung eingegangen. Am 16. November habe sich das Finanzamt an den Steuerberater des Ministers gewandt und Ende des Jahres 2000 an die Beantwortung erinnert. Am 7. Februar 2001 habe Samland dem Finanzamt eine Selbstanzeige über nicht versteuerte Einnahmen aus vier Jahren einge-

## **Ausschuss-Anhörung**

### **Gaststätten-Sperrzeiten**

Der Wirtschaftsausschuss (federführend) und der Kommunalausschuss haben die kommunalen Spitzenverbände, die Gewerkschaft Nahrung/Genuss/Gaststätten, den Gaststätten-Verband und den Mieterverein Rheinland zu einer Anhörung zum FDP-Antrag „Sperrzeiten im Gaststättengewerbe“ (Drs. 13/886) am 13. Juni, 10.00 Uhr in den Landtag eingeladen. Die Anhörung war von Andrea Milz (CDU) im Plenum unter Einbezug von Anwohner-Interessen und von Marc Jan Eumann (SPD) im Ausschuss verlangt worden.

reicht. Am 20. Februar sei die Sache an das Finanzamt für Steuerstrafsachen und am 14. März an die Staatsanwaltschaft abgegeben worden. Am 19. März habe die zuständige Oberfinanzdirektion das Finanzministerium informiert. Er selbst sei von seinem

Staatssekretär informiert worden, der Ministerpräsident seines Wissens durch Minister Samland direkt. Das Verfahren sei ordnungsgemäß abgelaufen. Es habe keinerlei politische Einflussnahme gegeben. Aufgrund seines Fehlverhaltens sei Minister Samland zurückgetreten. Im Übrigen werde er, Steinbrück, den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht vorgreifen.

In der Sitzung des HFA am 10. Mai fragten die CDU-Abgeordneten Helmut Diegel (Sprecher der Fraktion), Winfried Schittges, Wolfgang Dietrich und Michael Breuer erneut nach Einzelheiten des Verfahrensablaufs und danach, ob es weitere Vorwürfe gebe. Ministerialdirigent Professor Thiel bestätigte, nach Abgabe eines Verdachtsfalles vom Festsetzungsfinaanzamt an das Finanzamt für Steuerstrafsachen sei laut Anweisung „unverzüglich“ die Staatsanwaltschaft einzuschalten, allerdings nur, wenn ein strafrechtliches Ergebnis vorliege. Trotz wiederholter Äußerungen des Ministers, das Steuerverfahren sei vorschriftsmäßig abgelaufen, die von Ernst-Martin Walsken (SPD) unterstützt wurden, erklärte die CDU unter Hinweis auf den langen Zeitraum bis zur Abgabe an die Staatsanwaltschaft schließlich, der frühere Minister habe eine Sonderbehandlung erfahren.

## Enquetekommission „Frauengesundheit“ hat sich konstituiert

Das Arbeitsprogramm der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ sei nicht nur umfangreich, sondern auch auf Grund der mit einigen Themen verbundenen gesellschaftlichen Vorbehalte und Unsicherheiten ehrgeizig. Das erklärte Landtagspräsident Ulrich Schmidt am 8. Mai bei der Konstituierung der zweiten Enquetekommission, die der Landtag in der laufenden Wahlperiode eingerichtet hat. Zur Vorsitzenden der 15-köpfigen Kommission wurde Marianne Hürten (GRÜNE) gewählt; ihre Stellvertreterin ist Gabriele Kordowski (CDU).

Die Kommission hat den Auftrag, konkrete Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zur Förderung einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW zu erarbeiten. Grundlage dafür bilden Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung gegenwärtiger Unzulänglichkeiten in der Gesundheitsversorgung von Frauen im Lande. Die Bestandsaufnahmen und die zu erarbeitenden konkreten politischen Umsetzungsstrategien sollen zielorientierte Handlungsmöglichkeiten für den Landtag und die Landesregierung aufzeigen. Die Ergebnisse der Frauengesundheitsforschung und -praxis sollen in sämtliche Sektoren des Gesundheitssystems von NRW integriert werden.

Bei Analyse und Bewertung der geschlechtsspezifischen Perspektiven von Gesundheit und Krankheit soll die Kommission eine stärkere Ausrichtung auf Selbsthilfe, die spezifischen Anforderungen und Bedürfnisse von Migrantinnen und die regionalen und sozialen Unterschiede in der Gesundheitsversorgung einbeziehen. Weitere zentrale Arbeitsfelder werden die komplexe Prävention, Diagnostik und Therapie sein. Neben diesen Aspekten der konkreten Gesundheitsversorgung wird sich die Kommission mit Fragen der klinischen, medizinsoziologischen und epidemiologischen Forschung befassen,



Landtagspräsident Ulrich Schmidt und die Vorsitzende Marianne Hürten bei der konstituierenden Sitzung der Enquetekommission „Frauengesundheit“.  
Foto: Schälte

zum Beispiel Krebsprävention, -früherkennung, -betreuung und -nachsorge sowie frauenspezifische Anforderungen an die Forschung zur Fortpflanzungsmedizin. Der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ gehören als ordentliche Mitglieder an die Abgeordneten Vera Dedanwala (SPD), Inge Howe (SPD), Donata Reinecke (SPD) und Dr. Georg Scholz (SPD), Ursula Doppmeier (CDU), Gabriele Kordowski (CDU), Theo Kruse (CDU), Dr. Ute Dreckmann (FDP) und Marianne Hürten (GRÜNE) sowie Professor Dr. Hartmut Gülker, Klinikum Wuppertal GmbH, Professor Dr. Alexa Franke, Universität Dortmund, Fakultät 13 Rehabilitationspsychologie, Professor Dr. Adelheid Bonnemann-Böhner, Direktorin des Instituts für Frauenforschung und Gender-Studien an der Fachhochschule Kiel, und Dr. Gabriele Fröhlich-Gildhoff (Chefärztin Psychosomatische Abteilung Wicker-Klinik) sowie Professor Dr. Irmgard Nippert, Universitätsklinikum Münster, und Ute Sonntag, stellvertretende Geschäftsführerin der Landesvereinigung Gesundheit Niedersachsen.

Stellvertretende Mitglieder sind die Abgeordneten Helga Gießelmann (SPD), Gisela Ley (SPD), Norbert Rütter (SPD), Cornelia

Tausch (SPD), Angelika Gemkow (CDU), Gisela Hinnemann (CDU), Rudolf Henke (CDU), Dr. Jana Pavlik (FDP) und Barbara Steffens (GRÜNE).

Bei seiner Begrüßung erklärte Landtagspräsident Ulrich Schmidt weiter aus, die Herkunft der Akteure aus den Bereichen Wissenschaft, Institutionen des Gesundheitswesens und Politik lasse erwarten, dass der Blick für die Komplexität der Fragestellungen und die Bandbreite der möglichen Handlungsalternativen erweitert werde. Bedeutsam sei auch, dass Enquetekommissionen – anders als Fachausschüsse – möglichst unbelastet vom politischen Alltagsgeschäft Raum für eine grundlegende Auseinandersetzung mit komplexen gesellschaftlichen Themen öffnen und zu einem öffentlichen, gesellschaftlichen Diskurs beitragen. Das recht junge parlamentarische Instrument Enquetekommission stelle nicht nur einen wichtigen Schritt im Rahmen der Parlamentsreform dar, mit ihm sei auch die Erfahrung verbunden, dass die erarbeiteten Ergebnisse sowohl in der Politik wie in der interessierten Fachöffentlichkeit auf große Resonanz stoßen. Damit werde maßgeblich zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung beigetragen.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags am 21. Juni, um 8.00 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03 ein.



Chinesische Wissenschaftler haben den Landtag besucht und sind von Landtagsvizepräsident Dr. Helmut Linssen (r.) empfangen worden. Die Delegation unter Leitung des Vizepräsidenten der Pekinger China Universität, Professor Xie Zhanyuan (l.), befand sich auf Einladung des Kölner Rechtszentrums für europäische und internationale Zusammenarbeit in Deutschland und führte im Landtag mit Rechtspolitikern Gespräche über die parlamentarische Arbeit.  
Foto: Schälte

## Maßregelvollzugsgesetz: Zu vorgerückter Stunde die Bürgerinitiativen

Die von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Änderungen im geltenden Maßregelvollzugsgesetz (MRVG) des Landes standen im Mittelpunkt einer Anhörung des Arbeitsausschusses unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD). — Wir setzen damit den Bericht aus „Landtag intern“ Nr. 8 Seite 9 fort.

Pastor a.D. Eduard Wörmann (Soest), Beiratsmitglied in Eickelborn, berichtete aus Gesprächen, viele Mitarbeiter der Therapie hätten auf Grund der politischen Diskussion den Eindruck, „dass die Therapie zweitrangig wird und sie in ihrer Bedeutung und ihrem Tun als zweitrangig klassifiziert werden“. Das habe Auswirkungen auf das Selbstbewusstsein; „frustrierte“ Mitarbeiter aber könnten unter Umständen zu einem Sicherheitsrisiko werden, weil ihnen Anerkennung versagt werde.

Kirchenrat Karl-Wolfgang Brandt (Evangelisches Büro) stellte fest, Therapie und Sicherheit im MRV seien nicht vor- oder nachzuordnende Faktoren, „sondern sie bedingen sich gegenseitig“. Qualifizierte Therapie sei als solche auch ein Sicherheitsfaktor. Dabei sei allerdings die Dezentralisierung der Einrichtungen eine unumgängliche Voraussetzung. Der Sprecher schloss mit der Feststellung, die evangelischen Kirchen sähen derzeit zu einer erneuten Novellierung des MRVG keine Veranlassung.

Die sah auch Jürgen Mertin von der Gewerkschaftsseite (ver.di/ÖTV) nicht gegeben. Dem unbestritten großen Handlungsbedarf in der forensischen Psychiatrie im Lande werde man nicht durch gesetzgeberische Maßnahmen, sondern durch Schaffung neuer Kapazitäten und neuer Patientenbetten gerecht. Auch sei die Überbetonung des Sicherheitsaspekts nicht dazu geeignet, die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen, „weil natürlich leicht so etwas wie eine emotionale Überzeichnung entstehen kann“. Als zweiter Sprecher derselben Gewerkschaft regte Jan Heudtlass erneut eine „Qualitätsoffensive“ für das Personal im MRV an — durch Anerkennung einer Fachschwester, eines Fachpflegers für forensische Psychiatrie und durch die Anerkennung eines Schwerpunktarztes für forensische Psychiatrie.

Klaus Lüder vom Landschaftsverband Rheinland betonte, in den Rheinischen Kliniken des Verbands werde bereits heute im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen ein MRV betrieben, „der dem Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinheit in Befolgung des gesetzlichen Auftrages der Rückfallvermeidung Rechnung trägt“. Er machte darauf aufmerksam, dass im Rheinland 250 Patienten mehr untergebracht seien, als im MRV Betten zur Verfügung stünden — „die damit verbundenen Risiken für Mitpatienten und Mitarbeiter können vom Direktor des Landschaftsverbands Rheinland nicht mehr vertreten werden“.

Für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe gab Landesrat Dr. Wolfgang Pittrich die Befürchtung von MRV-Beschäftigten wieder, unter der Maßgabe eines knappen Haushalts könnten die Bedingungen des Strafvollzugs zum Maßstab gemacht werden und der Grundsatz ‚Sicherheit durch Therapie‘ in den Hintergrund treten, weil Therapien nicht mehr in der notwendigen Weise finanziert werden können“. Diese Sorge verstehe er durchaus, fügte Pittrich hinzu und ergänzte,

der Unterbringungsnotstand in den MRV-Kliniken könne unter den gegebenen Bedingungen ärztlich-pflegerisch und aus Sicherheitsgründen nicht länger verantwortet werden. Übergangslösungen seien dringend notwendig, da es drei bis vier Jahre dauern werde, bis die vom Land genannten Standorte realisiert sind. Um die bestehende Notsituation zumindest abzumildern, sei an die Unterstützung der Abgeordneten zu appellieren.

Unterstützung für den Gesetzentwurf erklärte Bürgermeister Magnus Staehler für die Städte Langenfeld und Lippstadt. Die stärkere Betonung der Sicherheit werde dazu beitragen, mehr Akzeptanz bei der Bevölkerung hervorzurufen. Dazu würde auch beitragen, wenn die örtliche Bürgerinitiative in das Gremium integriert wird, das als „Krisenstab“ bei Entweichungen von Patienten einberufen wird.

Bürgermeister Paul Larue (Düren) nannte das Vertrauen in der Bevölkerung als zentrales Erfordernis für Akzeptanz. Dieses Vertrauen brauche keine Appelle oder wissenschaftliche Abhandlungen, sondern Fakten und Plausibilität: „Wir sind den Menschen in vielfacher Weise konkrete Antworten schuldig.“ Als Standortgemeinde sei Düren jahrelang vertröstet worden, jetzt sei „zupackend, mit Umsicht und stringenter“ zu Lösungen zu kommen, damit die herrschende Überbelegung mit ihren Risiken für Sicherheit und Therapie ein Ende finde.

Die Gesundheitsdezernentin von Köln, Dr. Ursula Christiansen, bezeichnete die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen als weitgehend akzeptabel. Zu begrüßen seien Erwägungen, die sich auf die Kostenübernahme des Landes vor allem für die forensische Nachsorge bezögen. Auch sie sprach sich wegen des zu erwartenden Widerstandes gegen Übergangslösungen aus. Die Verwaltung akzeptiere den Standort Köln für die qualifizierte Versorgung psychisch kranker Bürger, die straffällig geworden seien, und werde sich ihrer Verantwortung nicht entziehen.

Der Oberbürgermeister von Münster, Dr. Berthold Tillmann, akzeptierte, dass es Lösungen geben müsse, die an einer Stadt wie Münster nicht vorbeigingen, dennoch sei vor Ort eine verantwortliche Debatte zu organisieren, um Mehrheiten für die Akzeptanz zu sichern. Diese Debatte vor Ort drehe sich vor

allem um Sicherheit, dies Thema lasse sich aber nicht dadurch bewältigen, „dass man den Begriff irgendwo symbolisch verankert“. Dafür seien handhabbare Maßnahmen erforderlich und der Umstand, dass es für Sicherheitsfragen „eine dauerhafte, verbindliche, belastbare und verlässliche Finanzierungsbasis gibt“.

Die Bürgerinitiative „Herne gegen Forensik“ erklärte durch ihren Sprecher Carsten Dirk Kency: „Unser Protest gilt dem Gesamtkonzept, das die Schaffung mehrerer Einheiten in Gegenden dichter Wohnbebauung vorsieht, der mehr als fragwürdigen Art und Weise, wie das geplante Konzept in die Tat umgesetzt werden sollte, sowie der mehr als undemokratischen Vorgehensweise, sich gegen den erklärten Willen von mehr als 50 000 Bürgern der Stadt Herne hinwegzusetzen und dann auch noch der Versuchung zu unterliegen, Akzeptanz für ein Vorhaben zu erwarten, das unserer Meinung nach eine veritable Bauchlandung geworden ist.“ Melanie Marten aus Duisburg von der Interessengemeinschaft Eisenbahnsiedlung hielt nichts davon, in blindem Aktionismus sechs neue Standorte aus dem Boden zu stampfen; es wäre besser, es nicht so eilig zu haben, sondern vorher die notwendigen Infrastrukturen zu schaffen. Hans Burgwinkel, Sprecher einer Kölner Bürgerinitiative, forderte eine Rückfallquote von null, man müsse ganz restriktiv handeln und nicht argumentieren, eine Rückfallquote von 20 Prozent sei ein guter Wert, und der MRV sei eine gute Sache. Aus Dortmund sagte Michael Hoffmann in Richtung der Gesundheitsministerin, den einzelnen Kommunen und betroffenen Bürgern einen Forensik-Standort aufzudiktieren, „stellt ein Höchstmaß an undemokratischem Verhalten dar und ist mit Nachdruck zurückzuweisen“. Gabor Lengyel aus Essen betonte, die Mitglieder der Bürgerinitiative „Keine Forensik unter uns“ handelten gewissenhaft, weil sie einerseits die Sorge um das psychische Wohlergehen der Straftäter und andererseits die Sorge um das seelische oder körperliche Wohlergehen der Kinder und Mitbürger berücksichtigten. Elisabeth Welp, Münster („Keine Forensik in Haus Kannen“) unterstützte die Forderung der CDU nach einer Verbesserung des MRVG: „Egal wo eine Klinik gebaut wird — im Gesetz muss der Grundsatz Sicherheit vor Therapie gelten.“ Nur so gebe es vor Ort Akzeptanz.



„Wir gehören zusammen“ — unter diesem Motto haben sich rund 15 500 Bürgerinnen und Bürger aus Hohenlimburg für den Erhalt des Evangelischen Krankenhauses Eisey ausgesprochen. Das Ergebnis der von der örtlichen CDU initiierten Unterschriftenaktion hat der stellvertretende Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, der CDU-Abgeordnete Rudolf Henke (l.), dem Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses, Bodo Champignon (SPD, r.), im Landtag überreicht.

Foto: Schälte

## Umsetzung der EU-Wasserrichtlinie/2. Teil

### Umweltschützer: Klagen gegen Bergbau nicht ausgeschlossen

*Einen Beitrag zur Verwaltungsklarheit leistet die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRR), weil sie eine Vielzahl von Einzelrichtlinien ablöse. Sie bilde den Ordnungsrahmen für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik und ist rechtlich und verwaltungsmäßig im Land NRW umzusetzen. Das erklärte Ausschussvorsitzender Klaus Strehl zu Beginn der Anhörung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung Anfang vergangenen Monats. — Es folgt der Bericht über den zweiten Teil des Hearings, der erste ist in „Landtag intern“ Nr. 8 auf Seite 14 erschienen.*

Gerhard Gabriel erklärte für den Bundesverband der Gas- und Wasserwirtschaft (BGW): „Der BGW bietet seine aktive Mithilfe und Beratung bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Nordrhein-Westfalen ausdrücklich an. Wir erwarten aber auch diese Einforderung durch die Behörde, die bisher nicht erfolgt ist.“ Sein Verband wünsche diesen „Föderalen Flickenteppich“ im deutschen Wasserrecht, fordere die Einhaltung der Umsetzungsfristen und die koordinierte Umsetzung in Bund und in den Ländern. Nationale Verschärfungen lehne man ab und verlange eine frühzeitige Transparenz bei den Kosten.

Die Landwirtschaftskammern der drei Landesteile stellten durch ihren Sprecher Friedhelm Decker fest: „Für uns Landwirte ist die quantitative und qualitative Sicherung des Wassers unverzichtbar.“ Bei der Umsetzung sollte es eine enge Kooperation mit der Landwirtschaft geben, denn dieses Instrument habe sich bewährt. Anreize zum ressourcenschonenden Wassereinsatz würden unterstützt. Es dürfe aber keine unterschiedlichen Umsetzungen in den Mitgliedstaaten und Bundesländern geben.

Dr. Andreas Schendel, Sprecher der Chemischen Industrie und des Bundesverbands der Deutschen Industrie, pochte darauf, den von Europa gegebenen Zeitrahmen diesmal einzuhalten; die Gelegenheit dazu sei günstig. Für die Industrie lehnte er den ins Gespräch gebrachten „Wasser-Cent“ — Schendel: In Wirklichkeit geht es um einen Wasser-Euro — ab und verlangte eine 1 : 1-Umsetzung der WRR. Außerdem lege man großen Wert darauf, rechtzeitig in das Verfahren eingebunden zu werden. Ein zweiter Sprecher für den Bundesverband der Deutschen Industrie, Hans-Ulrich von Mäßenhausen von der Wirtschaftsvereinigung Bergbau, verlangte ebenfalls die Einbindung in den Umsetzungsprozess nach dem Kriterium 1 : 1 im Lande; in die Übernahme von Ausnahmeregelungen sollte im Sinne der nachhaltigen Entwicklung und nicht bloß der Ökologie „zumindest eine beispielhafte Positivliste von Belangen von übergeordnetem Interesse aufgenommen werden“. Auch der Bergbau biete seine aktive Mitarbeit an.

Dr. Heinz-Christian Baumgart (Deutsche

Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall) plädierte dafür, die in der WRR gebotenen Spielräume zu nutzen und mit Augenmaß umzusetzen (Baumgart bezeichnete dabei Deutschland als den Musterknaben in Europa etwa bei der Abwasserreinigung). Es sollte Rücksicht auf die bewährten Strukturen und eingeübten Spielregeln geben und: „Setzen Sie die Standards so, dass die Kostenfolgen für den Bürger dieses Landes dabei immer im Blickfeld stehen.“

Dr. Bernhard Hörsgen (Gelsenwasser) schlug vor: „Machen Sie von den langjährigen Erfahrungen der Wasserversorgungsunternehmen in Fragen der Wassermenge und Wassergüte Gebrauch und binden Sie uns direkt in die nordrhein-westfälischen Umsetzungsgremien ein!“ Sein zweiter Rat: „Nutzen Sie den weiten Spielraum, den die Richtlinie bei der Wassergebührenpolitik einräumt!“ Die künstliche Grundwasseranreicherung — in Ballungsräumen mit großem Wasserbedarf die Methode der Wahl — dürfe nicht gegenüber anderen Möglichkeiten der Wassergewinnung schlechter oder gar in Frage gestellt werden.

Die Verbraucherzentrale NRW forderte anlässlich der Umsetzung mehr Transparenz für die Verbraucher hinsichtlich der gelieferten Trinkwasserqualität und des vor Ort geleisteten vorbeugenden Gewässerschutzes, aber auch des Netzzustandes. Dazu und zur Information über das Spektrum der in der WRR genannten Flussgebietsanalyse sei der Aufbau einer entsprechenden Datenbank notwendig. Wenn man sich der Forderung nach kostendeckenden Wasserpreisen anschließe, dann verbinde die Verbraucherzentrale damit den Aspekt einer Begrenzung nach oben und im Bereich der leitungsgebundenen Trinkwasserversorgung eine angemessene Eigenkapitalverzinsung. Zudem sei die Trennung zwischen Kontrolle und Versorger künftig schärfer zu ziehen, regte Helmfried Meinel an.

Aus dem Bereich der Umweltschutzorganisationen kam die Forderung, nicht nur die Landeswassergesetzgebung, sondern auch das Bau- und Planungsrecht im Lichte der WRR zu überprüfen, wenn nicht gar anzupassen. Sprecher Norbert Rönz kündigte im

Zusammenhang mit dem „Stiefkind Grundwasser“ an, die Umweltverbände würden auch das Werkzeug der WRR im „Kampf gegen den unsäglichen Stein- und Braunkohlenbergbau nutzen“. Hier fordere man eine Nicht-Verschlechterung des mengenmäßigen Grundwasserzustandes.

Dr. Harald Imer vom Landesumweltamt NRW betonte, vor dem Hintergrund, „dass die Wasserrahmenrichtlinie gerade drei Monate in Kraft ist, sind wir eigentlich auf gutem Weg und recht weit“. Die für das Land gewählte Organisationsstruktur mit der Steuerungsebene Land, darunter die Steuerungsebene in den zwölf Einzugsgebieten, habe sich in der Startphase mehr als bewährt. Für die 2004 beginnende nächste Phase der Gewässerüberwachung sei der Dialog mit allen Beteiligten noch deutlich zu intensivieren. Für solide Kostenschätzungen der Umsetzung sei es viel zu früh, schloss er. Helga Stulgies vom Staatlichen Umweltamt Krefeld berichtete über die Erfahrungen ihres Amtes bei der fachlichen Erarbeitung der Bewirtschaftungsplanung für das Teileinzugsgebiet Niers. Derzeit sei man der Clearing-Phase bei der Vorstudie. Nur weil das Krefelder Amt und der Niersverband sich beispielhaft abstimmen und eng kooperierten, „ist das Projekt bisher so konstruktiv und erfolgreich vorangetrieben worden“.

Der Leiter des Aachener RWTH-Instituts für Siedlungswasserwirtschaft, Professor Dr. Max Dohmann, bezeichnete die WRR-Umsetzung als „wünschenswerte umweltpolitische Weichenstellung erster Güte“. Dabei gebe es erfreuliche interdisziplinäre Ansätze. Im Bereich der Abwasserreinigung in Kläranlagen sei angesichts des erreichten hohen Niveaus kaum mit Kostensteigerungen durch die WRR zu rechnen, prognostizierte Dohmann und stellte für den Bereich der Verbesserung der Gewässerstrukturgüte fest, hier seien die finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen erst in wenigen Jahren abzuschätzen: „Erst nach Formulierung von Qualitätszeilen, nachdem eine Bestandsaufnahme und eine Risiko- oder Defizitanalyse vorliegt, kann man Kostengrößen formulieren und fixieren.“

*Blick in das Plenum der Anhörung: Rechts Ausschussvorsitzender Klaus Strehl (SPD), am Rednerpult Dr. Schwarzmann als Sprecher der kommunalen Spitzenverbände. Foto: Schälte*



## Neue drogentherapeutische Abteilung in der JVA Euskirchen geplant

### Mit geringen Mengen Methadon beginnt Behandlung

Die offene Justizvollzugsanstalt (JVA) Euskirchen plant, eine drogentherapeutische Abteilung einzurichten. Das veranlasste die Vollzugskommission unter Vorsitz von Jan Söffing (FDP) vor Ort zu tagen. Auf dem Programm standen Gespräche mit Häftlingen, Fachvorträge zum Thema Methadon, sowie eine Präsentation der geplanten Abteilung durch den Anstaltsleiter, den Anstaltsarzt und den Suchtberater.

Zu Beginn führte Anstaltsleiter Beckheuer die Abgeordneten durch die Einrichtung. Neben den obligatorischen Hafthäusern weist die Anstalt eine Malerei, Gärtnerei, ein Maschinenhaus sowie diverse Freizeiteinrichtungen von Kirche bis Kegelbahn auf. Das Gespräch mit Vertretern der Inhaftierten zeigte einige Probleme mit dem bestehenden Rechtssystem, aber eine relative Zufriedenheit mit der Anstalt selbst, was auch die Vertreterin der Gefangenen-Interessen, Karin Werner, bestätigen konnte. Wie generell ein Entzug durch Substitution durchgeführt werde, erklärte Dr. med. Rieckenbrauck, leitender Arzt des Justizvollzugskrankenhauses Fröndenberg nach einem Arbeitssessen in der Anstaltskantine. Er erläuterte die einzelnen Stationen des Methadon-Programms, die in Anlehnung an die Praxis im Justizvollzugskrankenhauses erarbeitet wurden und die vom Justizministerium empfohlen werden. Dieses Programm sehe vor, die Substitution mit einer geringen Menge Methadon zu beginnen, die einem Süchtigen die größten Entzugsschmerzen nehme, aber den Inhaftierten ohne Drogen-

toleranz vital nicht schade. Um einen größtmöglichen Effekt mit niedrigen und daher gefahrlosen Dosen zu erreichen, müsse die Vergabe zwei Mal pro Tag stattfinden. Der Medizinaldezernent des Justizvollzugsamts Rheinland, Herr Riedel, gab Antwort auf die Frage, welche medizinischen Erkenntnisse aktuell bestünden und wie daraus eine effiziente Bearbeitung der Drogenproblematik innerhalb des Strafvollzugs folgen könne. Die derzeitige Drogentherapie für Schwerstabhängige greife zu kurz, daher sei es zwingend erforderlich, eine Abteilung für Drogenkranke im offenen Vollzug einzurichten. Wenn sich der Strafvollzug in Geist und Wort des StVollzG verstehe, müsse er zwingend professionelle Angebote bereithalten. Er bat darum, „die Konzeption dieser Anstalt mit ihrem unvergleichlichem Charme der therapeutischen Möglichkeit aktiv zu unterstützen“. Straffällig gewordene schwerstabhängige Drogenkranke mit langjähriger Drogenvergangenheit, die bereits mehrere erfolglose Therapieversuche hinter sich haben oder die von herkömmlichen Therapien nicht erreicht wurden, könnten in Euskirchen in ihren persönlichen und beruflichen Fähigkeiten durch einen primär arbeitstherapeutischen Ansatz gefördert werden, so der Anstaltsarzt Dr. med. von Hofe. Durch Betätigung in der Landwirtschaft sollten die Betroffenen wieder ein Gefühl für die Belastbarkeit des eigenen Körpers erleben und die tägliche Arbeit als Alltagssituation annehmen. Er verwies darauf, dass unbehandelte Drogenabhängige auf Grund der

durch Beschaffungskriminalität angerichteten Schäden und der durch Begleiterkrankungen entstehenden Gesundheitskosten der Gesellschaft fast doppelt so teuer zu stehen kommen wie behandelte. Es bestehe daher die Notwendigkeit, auch dem bisher vernachlässigten Teil der Schwerstabhängigen, die in einem Zustand tiefster physischer und psychischer Verelendung dahingevegetierten, eine differenzierte Substitutionsbehandlung zukommen zu lassen. Auf die Didaktik, das Klientel und die Methodik der drogentherapeutischen Abteilung ging Suchttherapeut Bergmann ein. Die Anstalt biete sich aufgrund ihrer landwirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten, durch ihre Lage und das vorhandene Behandlungspotenzial für die Einrichtung einer drogentherapeutischen Abteilung an. Unter den Bedingungen des offenen Vollzuges mit der möglichen landwirtschaftlichen Nutzung werde dem abhängigen Inhaftierten die Chance zu neuen Lebenszielen, zu einem neuen Lebensentwurf gegeben. Eine Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität im Sinne einer Stabilisierung mit geeigneten lebenspraktischen und therapeutischen Behandlungsmaßnahmen seien das Ziel. Den suchtkranken Delinquenten würde die Möglichkeit der schulischen und beruflichen Bildung bis zum Eingehen eines freien Beschäftigungsverhältnisses in der Endphase gegeben. Sie könnten körperliche Ertüchtigung und soziales Verhalten im behutsam durchgeführten Gemeinschaftssport entwickeln. Ergotherapie, Logotherapie, Kunst- und Gestalttherapie sowie begleitete Freizeitgestaltung seien vorgesehen. Das Ergebnis solle dann „Spaß am Leben ohne Drogen“ sein.

Die Probleme der JVA seien, so Anstaltsleiter Beckheuer, fehlende finanzielle Mittel für Sanierungs- und Umbaumaßnahmen sowie für die Fertigstellung der drogentherapeutischen Abteilung. Die für den therapeutischen Zweck erforderlichen Anschaffungen, wie die angrenzende Ackerfläche, die der Landschaftsverband Rheinland günstig veräußern würde, und eine Anpassung des Gebäudes seien mit den jetzigen Landesmitteln nicht möglich.

In der abschließenden Gesprächsrunde tauchte dann die Frage nach alternativen Substitutionsmöglichkeiten zu Methadon auf. Dr. med. von Hofe berichtete von Buprenorphin, das in Frankreich zu 95 Prozent benutzt werde und in Deutschland seit längerem als Schmerzmittel auf dem Markt und seit 1999 als Substitutionsmittel zugelassen sei. Man war sich aber einig, dass die Therapie im Vollzug nicht die Vorreiterrolle übernehmen dürfe. Andere Medikamente müssten sich erst „draußen“ etablieren. Bei der gesamten Diskussion um Methadon im Strafvollzug dürfe man generell die Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, dass die Behandlung von Drogenkranken zur Haftzeit nur ein zusätzliches Angebot zu den Therapien in freien Wohngemeinschaften oder Kliniken sein könne.

Die Vollzugskommission erhofft sich aus den Fachvorträgen, der anschließenden Diskussion und aus dem Gespräch mit den Inhaftierten eine Grundlage für die parlamentarische Debatte. *Thomas Östreich*



In den Ruhestand verabschiedet hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) zwei langjährige Beschäftigte der Landtagsverwaltung. Gisela Erbrecht (l.) hat insgesamt 23 Jahre für den Landtag gearbeitet, davon zunächst neun Jahre als Mitarbeiterin im Stenografischen Dienst und 14 Jahre in der Landtagsbibliothek. Diplom-Ingenieur Heinrich Günter Becker (r.) hat vor allem den Bau des neuen Landtagsgebäudes begleitet. Ihm wurde die Leitung des Sachbereichs Haustechnik übertragen, in dem etwa 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das technische Gebäudemanagement des Landtags und seiner Liegenschaften tätig sind. Landtagspräsident Schmidt dankte beiden für ihr Engagement im Dienst des Landtags und seiner Abgeordneten und wünschte ihnen alles Gute für den Ruhestand, der ihnen für ihr gemeinsames Hobby, das Lesen, sicher mehr Zeit als bisher lassen wird. *Foto: Schälte*

## Petitionsbericht zeigt neue Wege für Bürger auf

### Telefonsprechstunde und Online

In der Plenarsitzung am 2. Mai berichtete die Vorsitzende des Petitionsausschusses Barbara Wischermann (CDU, Foto) erstmals in dieser Wahlperiode über die Arbeit des Ausschusses. Bis Ende April sind ihrem Bericht zufolge 4 100 Eingaben zugegangen. Schwerpunkte waren Ausländerangelegenheiten, Strafvollzug, Baurecht und Sozialhilfe. Ein Viertel aller Eingaben wurden nach Artikel 41a der Landesverfassung (mit Zeugenvernehmungen, Akteneinsicht und Behörden) bearbeitet. Der erhöhte Arbeitsaufwand für Abgeordnete und Sachbearbeiter habe sich, am Erfolg gemessen, gelohnt.

**Barbara Wischermann** (CDU) erwähnte dann das neue Instrument der Bürgersprechstunde vor Ort, das zu Gesprächen über weitere Themen geführt habe. Es habe sich gezeigt, dass betroffene Bürger, etwa beim Bau von Windrädern, frühzeitig beteiligt werden wollten. Der Ausschuss erwäge auch Telefonsprechstunden, in denen, mit Unterstützung von Tageszeitungen, Ausschussmitglieder für Bitten, Beschwerden und Anregungen zur Verfügung stünden. „Das wäre dann ein Call-Center, gesetzlich legitimiert und erwünscht“, sagte Frau Wischermann. Der Petitionsausschuss wolle, sagte sie zur Einrichtung des Call-Centers des Ministerpräsidenten, gern wissen, wer sich an diesen wende und ob er denn nicht die Arbeit des Parlaments mache.

Als weitere Stellen, die sich mit Bürgerbeschwerden befassen, nannte sie Fernsehsendungen, in denen Menschen zunehmend über Probleme im privaten Bereich redeten, oft in mehr als peinlicher Art, über Ärger mit Privatfirmen, Versicherungen, Behörden. Auch Printmedien und Kommunen zeigten Präsenz und starteten Aktionen für Beschwerden. Die vielen Angebote seien sicher vernünftig, wenn sie sich ernsthaft am Wohl der Menschen orientierten. Bei vielen Sendungen habe sie aber Zweifel. Beim Fernsehen gehe es beispielsweise um die Einschaltquote und die Werbeeinnahmen.

Der Petitionsausschuss nehme die Leute ernst. Das Petitionsrecht sei verfassungsmäßig verbrieft und auf die Volksvertretung als erste Gewalt ausgerichtet. Der Zugang zum Petitionsausschuss sei für jeden erreichbar. Der Ausschuss müsse sich, im Gegensatz zu veröffentlichten Fällen, ernsthaft mit allen Eingaben befassen. Jede Eingabe sei für ihn von gleicher Bedeutung. Daneben habe das Parlament selbst einen Gewinn durch die Bearbeitung von Eingaben, da oftmals Lücken und Schwächen von Gesetzen offenkundig würden. Wie ein Seismograph könnten die Abgeordneten erkennen, wo den Bürger der Schuh drücke. Beispielhaft nannte sie die Kampfhundeverordnung, aktuelle Ungerechtigkeiten der Lehrerbeseoldung und Aufenthaltsgenehmigungen für Flüchtlinge aus Bosnien und dem Kosovo.

Der Petitionsausschuss wolle seine Öffentlichkeitsarbeit verstärken, damit die Menschen im Land trotz des vielfältigen Angebots den Weg zum Parlament gut erkennen, kündigte die Ausschussvorsitzende an. In Kürze werde der Petitionsausschuss über die Internetseite des Landtags direkt anzuklicken sein. Die Bürger könnten sich per E-Mail sofort an den Ausschuss wenden. Der Petitionsausschuss arbeite parteipolitisch neutral. Im Vordergrund stehe die an den Menschen orientierte Sachlösung.

In einem anderen Bundesland, berichtete Frau Wischermann, sei es bei einer öffentlichen Petitionsausschusssitzung parteipoli-

tisch hoch hergegangen, was die NRW-Abgeordneten bei ihrem Besuch miterlebt hätten. Der Bürger sei danach total frustriert gewesen und habe auf alle Politiker geschimpft. Vor lauter Selbstdarstellung habe keiner dessen Not erkannt und sich um das Anliegen nicht gekümmert. Das sei der schlimmste Eindruck von Politikern.

Bei Dauerthemen wie dem Flugverkehr könne der Petitionsausschuss oft unliebsame Entscheidungen des Parlaments als Moderator, Schlichter, Wegbereiter und manchmal auch Tröster darlegen, kein einfaches Geschäft. Im Kreis Neuss seien Häuser massiv von steigendem Grundwasser bedroht. Hilfe für die Betroffenen sei unabweisbar gewesen. Der Petitionsausschuss habe Zusammenarbeit von Land, Kreis, Wasserverband und Unternehmen organisiert, die Grundwasser fördern. Den Winter hätten die Betroffenen durch Einsatz von Pumpen überstanden. Die Häuser müssten in Wannen gesetzt werden. Dazu fehle das Geld. Die Verwaltung habe vorgeschlagen, die Keller zuzuschütten, was aber abgelehnt werde. Der Petitionsausschuss sei wieder gefragt.

Nördlich von Bonn sei ein Naturpark durch großflächige Abbauvorhaben von Quarzsand und Kies bedroht. Mehrere Vereine und Initiativen hätten im Namen von 13 000 Bürgerinnen und Bürgern Bedenken vorgetragen und die Zuständigkeit der Bergbehörden angezweifelt. Vor der vierstündigen Anhörung des Petitionsausschusses habe es schon eine Gegendarstellung gegeben. Das Wirtschaftsministerium habe erneut um Stellungnahme gebeten werden müssen.

Eine stundenlange Anhörung habe der Aus-



schuss auch in Hürth durchgeführt, wo sich Anwohner des Studiogeländes mit dem Big Brother-Container über Horden von Fans beschwert hätten. Ohne Rücksicht auf Verkehrsregeln, Eigentumsverhältnisse und Regeln des normalen Zusammenlebens hätten diese alle zwei Wochen die Anwohner belästigt. An der Außenveranstaltung zur Fernsehproduktion, die nach Einschaltung des Petitionsausschusses als formal illegal bewertet wurde, gebe es glücklicherweise zurzeit kein Masseninteresse mehr.

Als letztes Beispiel schilderte Frau Wischermann den Fall eines schwerstbehinderten 19-Jährigen, der sich im Wachkoma befände und täglich mehrere Stunden von Logopäden, Ergotherapeuten und Masseuren behandelt werde. Die aufopferungsvoll pflegende Mutter habe eine passende Tageseinrichtung gefunden, die aber im benachbarten Ausland liege. Erst nach mühsamen Verhandlungen und Ermittlungen habe der Petitionsausschuss erreicht, dass der zuständige Träger die Kosten übernahm, die zudem noch sehr viel niedriger als in Deutschland seien.

„Liebe Kolleginnen und Kollegen“, schloss die Ausschussvorsitzende und dankte auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, „durch unsere Arbeit bauen wir die Politikverdrossenheit beim Bürger ab, weil wir uns um die Bürger kümmern.“

## Lückenloser Verbraucherschutz nach BSE

Der Landtag überwies den CDU-Antrag „BSE: Lückenlosen vorsorgenden Verbraucherschutz endlich gewährleisten!“ (Drs. 13/1117) an den Ernährungsausschuss.

**Marie-Luise Fasse** (CDU) stellte fest, noch nie in Deutschland habe die Politik so schnell auf die Ängste der Menschen wie bei der Rinderseuche BSE reagiert. Die Vorgänge hätten gezeigt, dass eine Wende in der europäischen Agrarpolitik unumgänglich sei. Dabei müsse der Verbraucherschutz an erster Stelle stehen. Das Tiermehlfütterungsverbot müsse bleiben, die Forschung vorangetrieben werden.

**Dr. Georg Scholz** (SPD) sprach von einer Sackgasse der Agrarpolitik und der Lebensmittelproduktion und plädierte für eine nachhaltige Landwirtschaft mit Umwelt- und Tierschutz. Der Lebensmittelmarkt müsse lückenlos transparent sein.

**Felix Becker** (FDP) fragte, ob es nicht blauäugig sei, die Sichtweise eines deutschen Landes als Brüsseler Linie durch-

setzen zu wollen. Die BSE-Krise führe zu Preisanstiegen bis zu 20 Prozent für Milchprodukte.

**Reiner Priggen** (GRÜNE) warnte vor der Langzeitgefahr durch BSE und erinnerte an erste Fälle im Jahr 1985. Seitdem könne viel in die Nahrungskette gelangt sein. Der Lebendtest werde jetzt schnell gebraucht. Bei Tiermehlverbot sei Konsens im Landtag gut.

**Ministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) teilte mit, die Landesregierung sei hierzu schon lange tätig geworden. Auf eine Frage von Holger Ellerbrock (CDU) antwortete sie, Haustiere und verendete Tiere hätten im Tiermehl nichts zu suchen. Über verarbeitete Schlachtabfälle für Allesfresser könne man diskutieren. Die Kontrolle sei jedoch kaum möglich.

## Minister sagt Information über die Sicherheit im Strafvollzug zu

„Keine Einschränkung von Parlamentsrechten“ – unter diesem Motto haben CDU und FDP einen gemeinsamen Antrag (Drs. 13/1118) eingebracht, den der Landtag Anfang Mai zur abschließenden Beratung und Abstimmung an den Rechtsausschuss überwiesen hat. Die beiden Fraktionen beklagen in ihrem Antrag: „Die Tatsachen und Feststellungen zur konkreten Sicherheitslage in den Gefängnissen auf Grund der Erkenntnisse der „Manteuffel-Kommission“ werden dem Ausschuss trotz wiederholten Ersuchens bis zum heutigen Tag vorenthalten“.

**Gabriele Kordowski** (CDU) erklärte, die Öffentlichkeit habe ein Recht zu erfahren, „wie es um die Sicherheitslage in unseren Strafvollzugsanstalten bestellt ist“. Die den Ausschussmitgliedern vorgelegte und als vertraulich klassifizierte Form des Abschlussberichts des Sonderbeauftragten für Sicherheitsfragen im Justizvollzug NRW bedürfe der Vertraulichkeit nicht: „Er bestätigt in allgemeiner Form alles, was die nordrhein-westfälische Opposition im Düsseldorf-Landtag jahrelang angeprangert hat.“ Das dürfe die Öffentlichkeit ruhig wissen. Was auf die Sicherheit einer einzelnen Anstalt sich beziehe, müsse selbstverständlich vertraulich behandelt werden, das sichere man ausdrücklich zu. Der Minister treibe ein falsches Spiel: Was jeder eigentlich wissen dürfe, erkläre er für vertraulich; „das wirklich Vertrauliche bekommen wir erst gar nicht“. Die Oppositionsfraktionen seien verärgert.

**Jan Söffing** (FDP) unterstrich das Verfassungsrecht von Abgeordneten auf sachgemäße Information, die sie benötigten, um ihren Aufgaben zu genügen. Dabei seien sie in hohem Maße auch auf den Sachverstand angewiesen, „der der Regierung durch die Ministerialverwaltung zur Verfügung steht“ – und nicht bloß der, den die Regierung von sich aus zur Verfügung stellt, wie Söffing anfügte. Dieser Verpflichtung zu umfassender Information habe sich der Justizminister bisher nach Einschätzung der Opposition entzogen. Das Parlament könne auf Grund seiner verfassungsrechtlichen Stellung nicht insgesamt als Sicherheitsrisiko ausgrenzt werden.

**Frank Sichau** (SPD) nannte es als wichtigste Erkenntnis aus dem Bericht: „Es ist nicht möglich, in Nordrhein-Westfalen irgendeine Sicherheitslücke für den Strafvollzug herbeizureden.“ Das mag für die Opposition enttäuschend sein, fuhr er fort und fragte: „Sucht die Opposition Kampagnematerial?“ Es könne nicht darum gehen, dass der Ausschuss „Originalberichterstattungen“ bekomme, „sondern es kann meines Erachtens nur um Berichterstattung durch den Minister im entsprechenden Ausschuss gehen“. Für die Sozialdemokraten jedenfalls gebe es auch andere wichtige Themen für die Rechtspolitik im Lande, etwa die, die sich im justizpolitischen Programm der Landesregierung für diese Wahlperiode fänden.

**Sybille Haußmann** (GRÜNE) wandte sich an die Opposition: „Meine Damen und Herren, mit Ihrem Antrag fallen Sie weit hinter das Niveau so mancher Stadträte zurück, die besser begriffen haben als Sie, wie in einem modernen Staat die Gewaltenteilung zu funktionieren hat.“ Es sei das Recht der Opposition, „jeden Strohhalm zu nutzen, aber dies hier ist über das Ziel hinausgeschossen“. Es sei eine „Binsenweisheit“, dass Informationen umso schneller in falsche Hände gerieten, je größer der Personenkreis sei, der mit ihnen zu tun habe. Sicher könne das Parlament den Ministerien Aufträge erteilen und deren seriöse und sachgerechte Umsetzung erwarten. Aber: „Es kann nicht heißen, dass wir die Aufträge detail kontrollieren und in die konkrete Arbeit beliebig eingreifen.“

**Justizminister Jochen Dieckmann** (SPD) zog das Resümee: „Es ist eben nicht so, dass eine katastrophale Situation herrscht“. Er könne das Angebot wiederholen, das er schon im Rechtsausschuss gemacht habe, nämlich in vertraulicher Sitzung auch über Erkenntnisse zu einzelnen Anstalten berichten.“ Jede Einzelheit könne er dabei nicht nennen – „dafür reicht die Dauer unserer Beratungen gar nicht aus“. Es könne auch keine Zurverfügungstellung von Akten geben, das sei besonderen Situationen vorbehalten.

## „Weg der Versöhnung weiter beschreiten“

In erster Lesung hat der Landtag den Entwurf der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Vertrag mit den Landesverbänden der Jüdischen Gemeinden in Nordrhein und Westfalen-Lippe sowie mit der Synagogengemeinde Köln beraten und an den Hauptausschuss überwiesen.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) betonte in seiner Einbringung, seit Ende 1992, als der Vertrag des Landes mit den jüdischen Kultusgemeinden geschlossen worden sei, erhielten die Gemeinden Haushaltsmittel zur Erhaltung und zur Pflege des jüdischen Kulturlebens im Land. Das geschehe, weil sich das Land seiner besonderen Verantwortung für das jüdische Leben in Deutschland bewusst sei. Schon 1997 sei eine erste Änderung nötig gewesen, weil sich die Gemeinden durch die hohe Zahl jüdischer Einwanderer und wegen stetig steigender Mitgliederzahlen vor besonders große Aufgaben gestellt sahen. Clement: „Jetzt sind nach unserer Überzeugung weitere Anstrengungen nötig.“ Die Mitgliederzahlen hätten sich von 7 500 im Jahr 1992 auf ungefähr 24 000 im vergangenen Jahr erhöht. Mit einem weiteren Zustrom von Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion sei zu rechnen. Über das Anwachsen der jüdischen Gemeinden freue man sich; man sei aber in der Pflicht, „die jüdischen Gemeinden bei der Bewältigung ihrer religiösen, ihrer kulturellen und nicht zuletzt ihrer sozialen Aufgaben zu helfen“. Die Ausgaben dafür seien seit Beginn der 90er Jahre um das Dreifache gestiegen, fuhr der Ministerpräsident fort und erklärte, die zweite jetzt vorgelegte Änderung sehe vor, dass die Gemeinden in diesem Jahr sechs Millionen, im kommenden 7,5 und ab 2003 schließlich zehn Millionen erhalten sollen. Clement: „Ich meine, dass wir den 1992 eingeschlagenen Weg der sichtbaren Verständigung und Versöhnung konsequent weiter gehen sollten.“ Er bitte daher um Unterstützung für das Gesetz.

Szenen des fraktionsübergreifenden Austauschs im Plenum oder Anbahnung künftiger Koalitionen? Alle Möglichkeiten wären auf den Bildern (v.l.n.r.) offen – in den Gesprächen von Wolfgang Dietrich (CDU) mit Angela Freimuth (FDP), Rolf Seel (CDU) und Dr. Hans Kraft (SPD), Peter Eichenseher (GRÜNE) mit Christian Weisbrich (CDU). Oder bleibt es wie gehabt, worauf Barbara Stefens (GRÜNE) und Rainer Bischoff (SPD) hinweisen könnten?  
Fotos: Schälte



## CDU: Fehlentwicklungen durch Konzeptionslosigkeit der Landesregierung

### Koalition: In ökologischer und nachhaltiger Abfallwirtschaft muss fairer Wettbewerb sein

*Streitpunkt Abfall: Die rot-grüne Landesregierung werde ihrer Verantwortung für eine ökologisch, ökonomisch sowie sozial verantwortbare Abfallpolitik nicht gerecht. Die Konzeptionslosigkeit der letzten zehn Jahre habe zu gravierenden Fehlentwicklungen geführt, deren Folgen vor allem die Gebühren zahlenden Bürger und die Wirtschaft zu tragen hätten. Das meint die CDU in ihrem Antrag „Mehr Markt in der Abfallpolitik – Ökologie zu vernünftigen Preisen“ (Drs. 13/606). Anders SPD und GRÜNE in ihrem Entschließungsantrag „Fairer Wettbewerb für eine ökologische und nachhaltige Abfallpolitik sicherstellen“ (Drs. 13/665): Seit vielen Jahren gebe es in NRW vorbildliche Vermeidungs- und Wertungserfolge sowie innovative High-tech-Behandlungsanlagen. Diese würden allerdings immer noch durch das von der früheren Bundesregierung zu verantwortende Kreislauf- und Abfallgesetz gefährdet. — Der Landtag debattierte Anfang Mai über beide Anträge, lehnte den der CDU ab und nahm den rot-grünen Entschließungsantrag an.*

**Hans Peter Lindlar** (CDU) verlangte mehr Eigenverantwortung der Abfallbesitzer und -erzeuger, die Förderung der Privatisierung der Abfallwirtschaft und des Wettbewerbs sowie eine Deregulierung des Abfallrechts und damit auch günstigere Gebühren für die Bürger. Das novellierte Landesabfallgesetz gehe aber in die völlig falsche Richtung; der folge auch der Entschließungsantrag der Koalition. Wenn die Privatisierung im Lande vorangetrieben worden wäre, dann gäbe es heute auch nicht die beklagten Überkapazitäten in der Müllverbrennung. Die Änderung des Landesabfallgesetzes, das mit der Lebenswirklichkeit nichts mehr zu tun habe, sei überfällig, betonte Lindlar: Die Tätigkeit der öffentlichen Hand müsse auf die Kernregelungen beschränkt werden. Die Landesregierung solle ein Konzept vorlegen, wie nach 2005 die Deponierung im Land NRW erfolgen solle,

und sagen, wie sie sich ein Deponiestilllegungsprogramm vorstelle.

**Stephan Gatter** (SPD) hielt der CDU vor, sie ignoriere beharrlich die Datenlage. Die jüngste Abfallbilanz zeige, dass es die behaupteten Überkapazitäten bei der Müllverbrennung nicht gebe. Das Problem sei heute ein anderes: „Vorhandene Kapazitäten werden zum Teil nicht ausgenutzt, weil Abfälle andere Wege gehen“ — zu Scheinverwertungen und Billigdeponien im Osten. Es gehe nicht darum, mehr Markt in das System zu bringen, „sondern es geht darum, einen fairen Markt aufzubauen“, sagte Gatter und fügte an, der brauche Leitplanken, damit er in geordneten Bahnen verläuft. Falscher Liberalismus führe hier zu Gebühren- und Preissteigerungen und verhindere ökologische Lösungen.

**Holger Ellerbrock** (FDP) fand, die beiden Anträge gehörten auf die Bundesebene, der Landtag hier sei die falsche Bühne. Statt „Rituale“ zu vollziehen, sollte über die eigenen Zuständigkeiten gesprochen werden. Kritik äußerte er am Begriff „Scheinverwertung“: Entweder sei sie nach dem Gesetz zulässig, dann dürfe es gemacht werden, oder nicht zulässig, dann müsste man dagegen vorgehen. Hier bestehe die Gefahr, dass Leute in eine Ecke gestellt würden, in die sie überhaupt nicht gehörten. Der CDU-Antrag zielle mit mehr Marktwirtschaft bei hohem Umweltstandard und tragbaren Preisen in die richtige Richtung und werde darum von der FDP begrüßt; der der Koalition enthalte zahlreiche dirigistische Elemente; darum stimme ihm seine Fraktion nicht zu.

**Johannes Remmel** (GRÜNE) rief die CDU auf, einen Vorschlag zu machen, wenn sie das Abfallgesetz ändern wolle. Aber dazu müsste die Union einmal ihre Vorstellungen auf den Tisch legen, was jetzt präsentiert werde, finde nicht die Zustimmung der Kommunen, denn die wür-

den aus dem Geschäft gebracht, und die aufgebauten kommunalen Strukturen würden zerstört. Die Koalition habe durch ihre Arbeit Perspektiven und Verlässlichkeit geschaffen. Scheinverwertungen gebe es tatsächlich — mit zunehmender Tendenz, etwa bei den Sonderabfällen. In der Frage der Mischungsregelung müsse man zu klareren Lösungen kommen.

**Umweltministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) betonte, aus dem Thema sei „die Luft raus“, weil die Probleme inzwischen weitgehend gelöst seien. Es sei gelungen, den „gordischen Knoten“ einer Abfallpolitik mit vielen verschiedenen Ebenen und Interessen zu durchschlagen. Das sei beim Hausmüll und bei den Müllverbrennungsanlagen und ihren Kapazitäten gelungen, wobei die letzten im Wettbewerb zu kalten Verfahren, den mechanisch-biologischen Anlagen stünden. Die Entsorgung von Klärschlamm werde derzeit untersucht, das Ergebnis werde in Kürze vorliegen. Daneben würden die Industrie- und Gewerbeabfälle angegangen. Man sei auf einem guten Weg, darum unterstütze sie den rot-grünen Antrag — er sei gut.

**Hans Peter Lindlar** (CDU) urteilte, von der SPD-Abfallwirtschaft sei nicht mehr viel übrig, sie habe sich „in der grünen Terminologie völlig aufgelöst“. Wenn seiner Fraktion vorgehalten werde, sie wiederhole „gebetmühlenartig“ ihre Vorwürfe, dann liege das einfach daran, dass die Koalition immer wieder dieselben Fehler mache. Geduldig Vorgetragenes werde irgendwann von Rot-Grün akzeptiert.

---

## Nachtrag

Die Aufzählung der Mitglieder der neu eingerichteten 15-köpfigen Diätenkommission („Landtag intern“ Nr. 8 Seite 27) war leider nicht komplett. Es fehlten in der Nennung der Namen Loke Mernizka, ehem. MdL, und Georg Lampen, Vorstandsvorsitzender des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen.



## „Sportverein steht bei Nachzahlung vor dem Ruin“

*„Sportvereine entlasten – durch Deregulierung und Entbürokratisierung das Ehrenamt stärken“ – unter diesem Thema fordert die CDU die Landesregierung auf, dafür aktiv zu werden, dass ehrenamtliches Engagement nicht als sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gilt und durch weitere Maßnahmen die ehrenamtliche Tätigkeit im Sportbereich zu erleichtern. Den entsprechenden Antrag (Drs. 13/1120) überwies der Landtag nach Debatte an den Sportausschuss.*

**Gisela Hinnemann** (CDU) machte deutlich, das Ehrenamt im Sport brauche nicht länger schöne Sonntagsreden: „Die Politik ist dabei, dem Sport das Wasser abzugraben.“ Es könne passieren, dass Vereine für ihre Übungsleiter zu Nachzahlungen in die Sozialkassen aufgefordert würden, die sechsstelligen Beträge erreichen könnten. Der Verein stehe dann vor dem Ruin, der Vorstand würde in Haftung genommen. Die SPD hierzulande, so forderte sie, sollte nicht in „Nibelungentreue“ zu ihrer Bundespartei verharren, sondern im Bundesrat die Initiative ergreifen, um fehlerhafte Gesetze zu korrigieren, die den Sportvereinen die Arbeit schwer machten, Übungsleiter scharenweise aus ihrem Engagement trieben und die Aufwandsentschädigungen durch Sozi-

alversicherungsbeiträge weiter reduzierten. Hinnemann: „Eine wirkungsvolle Veränderung kann es nur auf Bundesebene geben.“

**Wolfgang Roth** (SPD) fragte die CDU, warum sich ihr Antrag allein auf den Sport beziehe, wo doch der Problembereich für alle Vereine und Verbände – ob nun Sport, Feuerwehr oder Caritas – derselbe sei und einer gemeinsamen Lösung zugeführt werden müsse. Die Forderungen der CDU zielten im Wesentlichen auf die Bundesgesetzgebung; da habe es, merkte Roth an, schon einige Verbesserungen gegeben – nach vielen Jahren des Stillstands, „für den Sie in Bonn zuständig waren“. So arbeite seit zwei Jahren die Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“; ferner gebe es ein Rechtsgutachten, in dem die wichtigsten Problemstellungen aufgegriffen würden. In Berlin würden die Hausaufgaben gemacht.

**Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) zeigte sich überzeugt: „So geht es nicht weiter.“ Die steuerliche und sozialversicherungspflichtige Behandlung von Sportvereinen, den dort engagierten ehrenamtlich tätigen Vorständen und auch geringfügig bezahlten Übungsleitern müsse endgültig korrigiert werden. Zahlreiche Vereine seien schon in die Abgabenkatastrophe geschlittert. Aber anstatt sich für eine Steuervereinfachung einzusetzen, „tummelt sich die Landesregierung weiter in aufgeblähter Bürokratie und versucht, gemeinsam mit dem Landessportbund durch Veröffentlichung eines Leitfadens ein wenig Licht ins Dickicht und Dunkel der gesetzlichen Bestimmungen zu bringen“.

**Ewald Groth** (GRÜNE) wollte wissen, warum die CDU den Antrag jetzt stelle und nicht die Antwort auf ihre Große Anfrage abwarte. Dann hätte man doch eine fundierte Grundlage, um das Thema weiter zu erörtern. Sein Schluss: Die Union wolle keine parlamentarische Arbeit, sondern nur „Aufruhr“ und Unruhe verbreiten. Aber Schnellschüsse hilfem niemandem, und die Vereine könnten nicht über einen Kamm geschert werden. Die Neuregelung der 630-Mark-Jobs und der Scheinselbständigkeit hätten sich in der Hauptsache bewährt, die Übungsleiterpauschale sei neu geregelt worden, und mit der Broschüre „Mitarbeit im Sportverein“ sei ein hilfreicher Ratgeber für die Verantwortlichen geschaffen worden.

**Sportminister Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) wies den Vorwurf des Zuwartens zurück: „Wir haben die Realität geändert.“ NRW habe zusammen mit zwei anderen Bundesländern ein Institut und eine Unternehmensberatung beauftragt, die Auswirkungen der damaligen Gesetzesänderung unter anderem gerade auf Vereine und Verbände zu untersuchen. Im Übrigen seien „Wohl und Wehe des Ehrenamts nicht nur von den Regelungen des 630-Mark-Gesetzes und der Vermeidung sonstiger tatsächlicher oder vermuteter bürokratischer Hemmnisse abhängig“. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten gebe die Landesregierung Hilfe, Unterstützung und Beratung. Nach Deregulierung und Entbürokratisierung zu rufen, sei wohlfeil, aber schwierig, konkret auf den Punkt zu bringen.

## Vertrauen der Verbraucher wieder gewinnen

*Um das gesunkene Vertrauen der Verbraucher in die Nahrungsmittel wieder herzustellen, soll nach Vorstellung der FDP-Fraktion auf freiwilliger Basis ein Qualitätssicherndes System installiert werden, das so genannte AGRO-AUDIT. Über den entsprechenden Antrag mit dem Untertitel „Mehr Qualitätssicherung und Übersicht in der Nahrungsmittelherstellung“ (Drs. 13/ 1115) debattierte der Landtag am 2. Mai und überwies den Antrag an den federführenden Ernährungsausschuss zur abschließenden Beratung und Abstimmung.*

**Felix Becker** (FDP) bemängelte, nach dem BSE-Skandal sei in Sachen verbessertem Verbraucherschutz weder auf Bundes- noch auf Landesebene etwas Zukunftsweisendes vorgelegt worden, „wie das beschädigte Vertrauen zwischen Verbrauchern und Lebensmittelindustrie, Futtermittelindustrie und vor allem der Landwirtschaft wieder hergestellt und nachhaltig erhalten werden kann“. AGRO-AUDIT sei die Chance, Nachvollziehbarkeit und volle Information als Voraussetzung für Vertrauen zu schaffen.

**Hans Hafke** (SPD) fand, der Antrag sei wert, im Fachausschuss diskutiert zu werden. Schon jetzt produziere ein Großteil der heimischen Betriebe Lebensmittel in hervorragender Qualität. Da brauche man nicht einen weiteren betriebsbezogenen Ansatz, „wichtig ist die Betrachtung der gesamten Kette, von der Urproduktion bis zur Ladentheke“. Statt weiterer Zertifikate benötige man endlich Klarheit.

**Urban-Josef Jülich** (CDU) meinte, der Antrag springe „zu kurz“. Die Dokumentation

der Produktionsverfahren sei schon heute gewährleistet. Zudem sei es für kleinere landwirtschaftliche Betriebe schwierig, die Kosten einer Zertifizierung, der Maßstäbe sich an der gewerblichen und industriellen Produktion ausrichteten, zu tragen – abgesehen, dass es sich um die Erzeugung von Naturprodukten handele, die vielfältigen und kaum beeinflussbaren äußeren Faktoren ausgesetzt seien. Die Landwirtschaft braucht Produktionsmöglichkeiten, die sich im Wettbewerb in den einzelnen Produktionssystemen wirtschaftlich behaupten könnten – ob „ökologische Landbewirtschaftung oder konventionelle Landwirtschaft“.

**Reiner Priggen** (GRÜNE) sah einen Widerspruch darin, für Vertrauen werben zu wollen und dies mit einer Reduzierung der staatlichen Überwachung zu verbinden, wie dies der FDP vorschwebte. Was man brauche, seien Gütesiegel, „die von den Verbraucherinnen und Verbrauchern als Qualitätslabel anerkannt werden“. In Ergänzung zu den Bemühungen auf Bundesebene könnten auch regionale Vermarktungsetiketten, die regionale Spezifika und Qualitätsmerkmale zum Inhalt hätten, Erfolg haben.

**Verbraucherschutzministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) fand es wichtiger, „Kriterien zu formulieren, unter denen die Produkte erzeugt werden, als Produkte mit einem Namen wie NRW zu versehen und so zu tun, als wäre damit alles in Ordnung“. Die Ministerin fand es falsch, den Verbraucher mit einer Vielzahl von Qualitätslabels zu überschütten: „Lassen Sie uns das alles zusammenbinden.“

## Unterrichtsausfall: Abgeordnete fragen nach

*Zusammen mit seinem Fraktionskollegen Bernhard Schemmer hat sich Heinrich Kruse (CDU) erneut in einer Kleinen Anfrage zum Unterrichtsausfall an den Schulen in der Stadt Borken an Schulministerin Gabriele Behler (SPD) gewandt. Dabei bezogen sich die beiden Abgeordneten auf eine frühere Kleine Anfrage. Da die schriftliche Antwort darauf durch die Ministerin (Drs. 13/570) nach Ansicht der Fragenden „ausweichend“ erfolgt sei, war dieser Umstand zum Thema einer mündlichen Erörterung in der Fragestunde des Landtags Mitte Februar gemacht worden (siehe „Landtag intern“ Nr. 5 Seite 13).*

In der jetzt vorgelegten Antwort (Drs. 13/1108) teilt die Ministerin mit, die Bezirksregierung Münster habe seinerzeit an das Ministerium Informationen zu unterschiedlichen Fragestellungen berichtet. „Daten zum Unterrichtsausfall hat die Bezirksregierung nicht mitgeteilt“, stellt die Ministerin fest. Die Schulministerin erklärt weiter, Daten zur Unterrichtssituation (Unterrichtserteilung, Unterrichtsausfall) würden im Hinblick auf den damit verbundenen hohen Arbeitsaufwand für Schulen und Schulaufsicht nicht flächendeckend, sondern im Rahmen von Stichproben erhoben: Die so gewonnenen Daten seien für die Systemsteuerung ausreichend. Aus der Stadt Borken nehme die Nünning-Realschule an der aktuellen Stichprobe zur Unterrichtssituation teil. Für den Stand 1. Februar ergebe sich folgendes Bild: Dem Stellensoll von 42,7 stehe ein Stellen-Ist von 43 gegenüber. Die Quote des ersatzlos ausgefallenen Unterrichts betrage 4,2 Prozent.

**Marie-Luise Fasse** (CDU) begründete den Antrag ihrer Fraktion mit spürbarer Zurückhaltung der Bundesregierung für dringend notwendigen Ausbau der deutschen Wasserwege. Aus dem Verkehrsanteil an den UMTS-Erlösen würden nur Straße und Schiene bedacht. Die deutsche Binnenschifffahrt gehe leer aus. Für den Wasserstraßenbau stünden weniger als fünf Prozent des Investitionshaushalts zur Verfügung. Das Durchschnittsalter eines deutschen Trockengüterschiffs liege bei 50 Jahren, der deutsche Marktanteil bei unter 40 Prozent, auf dem Rhein bei knapp 23 Prozent. Die steuerliche Behandlung der deutschen Schiffe führe zu gravierenden Wettbewerbsnachteilen gegenüber den niederländischen Kollegen, jährlich 50 bis 100 000 Mark pro Jahr und Schiff. Viele Unternehmen steckten in bedrohlichen Existenzschwierigkeiten. Das Wasserstraßenprojekt nach Berlin verzögere sich jetzt bis 2014. Für NRW biete die Binnenschifffahrt große Chancen bei der Verlagerung von der Straße auf den Wasserweg. Das Land müsse sich um höhere Bundesmittel an integrierten Transportketten bemühen und die Landesmittel aufstocken. Natur- und Umweltschutzbelange würden heute mehr als berücksichtigt.

**Hardy Fuß** (SPD) antwortete, die Binnenschifffahrt klinge seit Anfang der 60er Jahre über den Niedergang. Auch seit 1982 sei keine Veränderung festzustellen. Die rot-grüne Bundesregierung habe die Fördermittel von 30 auf 120 Millionen Mark pro Jahr angehoben. Niemandem sei aufgefallen, dass zur kombinierten Logistik von der vorigen Bundesregierung keine Forschungsprogramme in Auftrag gegeben worden seien. Auf europäischer Ebene sei aber aufgefallen, dass NRW zu einem Wissenszentrum der Logistik geworden sei. Aus dem „Märchenschloss des Bundesverkehrswegeplans zum Ende der Regierung Kohl“, hemmungslos unterfinanziert, sei jetzt ein verbundenes Investitionsprogramm für alle Verkehrsträger geworden. Weil NRW 16 Jahre lang knapp vom Bund gehalten worden sei, bekomme es jetzt aus UMTS-Mitteln sehr viel mehr. Gegenüber der Förderung im europäischen Umland sei das aller-

## Alle Fraktionen für mehr Güter auf Binnenschiffen

*Der Landtag überwies den CDU-Antrag „NRW muss die Binnenschifffahrt stärker fördern – neue Wege im Güterverkehr suchen“ (Drs. 13/1001) und den SPD-/GRÜNE-Antrag „Verlagerung des Güterverkehrs auf das Binnenschiff – Stärkung der Intermodalität – Einbindung in das Gesamtverkehrskonzept des Landes“ (Drs. 13/1112) nach der Aussprache am 2. Mai an den Verkehrsausschuss (federführend) und den Wirtschaftsausschuss zur Beratung.*

dings wenig. Für mehr Transport auf dem Schiff würden schnelle Umschlagplätze gebraucht. Die LKW-Schwerverkehrsabgabe werde ab 2003 die Mutter der Renaissance der Binnenschifffahrt sein.

**Peter Eichenseher** (GRÜNE) stimmte der Aussage zu und warf der CDU vor, dass 16 Jahre lang nichts zur Verlagerung auf die Wasserstraße geschehen sei. Allerdings reiche es nicht aus, nur die Infrastruktur zu optimieren, da es dann Unterauslastung und brachliegende Umschlaganlagen geben könne. Die Binnenschifffahrt müsse an einer Logistikkette arbeiten. Die rot-grüne Bun-



Containershipf unter der Düsseldorfer Kniebrücke

desregierung wende von 1999 bis 2002 vier Milliarden Mark für Wasserstraßen auf. Weitere 900 Millionen Mark seien im Antistauprogramm veranschlagt. Der Logport Duisburg sei eine sinnvolle Strategie.

**Christof Rasche** (FDP) widersprach der Behauptung, die aktuelle Verkehrsinfrastruktur in NRW, „ein großer Schwachpunkt für den Wirtschaftsstandort“, sei von der Regierung Kohl verursacht worden. Die allen bekannten Verkehrsentgelte seien Folge rot-grüner Politik. Verlässliche Lieferung sei zu einem reinen Glücksspiel geworden. Die Landesregierung habe versäumt, die Potenziale der Binnenschifffahrt zu erschließen. Die Enquetekommission Mobilität des Landtags habe deren Vorteile erkannt: freie Kapazitäten, Zuverlässigkeit, Sicherheit, geringerer Energieverbrauch, weniger Emissionen. Die FDP werde sich für bessere Chancen einsetzen. Der Umsetzungswille sei in den Fraktionen unterschiedlich ausgeprägt. Logport würde nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Die FDP wünsche sich mehr Neuansiedlungen als Umsiedlungen.

**Verkehrsminister Ernst Schwanhold** (SPD) hielt es für richtig, den steuerlichen Wettlauf zu vermeiden und darauf zu achten, dass andere das Instrument nicht zusätzlich zur Subventionierung einsetzten. Rheinhausen sei die größte Industriebranche Europas gewesen. Heute seien 40 Prozent des Geländes verkauft und arbeiteten 1 500 Beschäftigte im Hafenbereich. Durch den Logport sollten andere Häfen nicht benachteiligt werden. NRW brauche ein integriertes Hafenkonzept. Wie bei der Bahn brauche auch die Binnenschifffahrt eine andere vorlaufende und nachgehende Logistik, da sich Transport von den Massengütern weg zu Containern verlagere. Nach einer Studie könne sich das Frachtaufkommen der Binnenschifffahrt durch kombinierte Ladungsverkehre bis zum Jahr 2010 verdoppeln. NRW brauche ein geschlossenes Handlungskonzept, in das auch Kommunen und Hafengesellschaften eingebunden seien.

## Bahn stärken

*Den SPD-/GRÜNE-Antrag „Maßnahmen zur Stärkung der Bahn müssen zügig umgesetzt werden“ (Drs. 13/1113) überwies der Landtag nach der Aussprache an den Verkehrsausschuss.*

**Edmund Feuster** (SPD) zitierte aus dem Bundestag ein Plädoyer für ein nachhaltiges, bedarfsgerechtes und arbeitsteiliges Verkehrssystem und meinte, die Bahnreform von 1993 sei erfolgreich gewesen, aber ihr Hauptziel, den Verkehrsanteil auf der Schiene zu steigern, sei nicht erreicht. Bundes- und Landesregierung hätten mit höheren Mitteln, Entfernungspauschale, LKW-Maut ab 2003 und halberm Ökosteuersatz geholfen. Jetzt müsse die Ungleichbehandlung von Bahn und Straße aufgehoben werden. Das Bahnnetz unterliege der Konzernstrategie, die Anlass zu Skepsis gebe. Der Landtag begrüße die Prüfung der Trennung von Netz und Betrieb.

**Peter Eichenseher** (GRÜNE) stellte fest, seit 1995 sei in NRW keine Personenver-

kehrsstrecke mehr stillgelegt worden. 18 Strecken würden reaktiviert. An Personenzugkilometern gebe es 20 Prozent mehr. Mit mehr Haushaltsmitteln sei der Bahn heute nicht zu helfen. Sie sei zum Ausbau nicht mehr in der Lage. Die Trennung von Netz und Betrieb würde er begrüßen. Sie könne die Bahn stark machen, was sie mit dem Netz am Bein nie schaffen werde. Auch sollten Chancen für nichtbundeseigene Bahnen verbessert werden und Trassenpreise sinken. Eichenseher zählte strategische Fehlentscheidungen des Konzerns auf, die nicht wieder aufgeholt werden könnten.

**Gerhard Wächter** (CDU) hielt die Bilanz der vergangenen Jahre für ernüchternd. Hoffnung seien nicht erfüllt worden. Die Bahn sei im Wettbewerb Verlierer. Das habe nicht nur am Geld gelegen. Die frühere Bundesregierung habe den Mut zur Bahnreform gehabt, einem Kraftakt. Die Bahn sei mit acht Milliarden Mark jährlich gefördert worden. Die NRW-Verkehrsinfrastruktur sei über Jahrzehnte vernachlässigt worden. Das Güterverkehrsgewerbe werde dem internatio-

nen Wettbewerb ohne Hilfe ausgeliefert. Die Bahn trage auch selbst Mitschuld. „Wir sitzen uns den Hintern wund“, sagte Wächter unter Anspielung auf die Bahn-Kommissionen. Er trat für die Trennung von Netz und Betrieb und für eine saubere Regulierungsinstanz ein.

**Marianne Thomann-Stahl** (FDP) sprach von „schwarz-grüner Märchenstunde“, da es die FDP gewesen sei, die die Bahnreform vorangetrieben habe, und da kein Umsteuern stattgefunden habe. Von Stau und Spritpreisen genervte Bürger würden bei der Bahn mit verdreckten Zügen, verpassten Anschlüssen und heruntergekommenen Bahnhöfen konfrontiert. Sie erführen von Streckenstilllegungen, Streichen von Interregio und Auflösen der Güterverladung. Das sei Verhalten eines Monopolisten, der ums Überleben kämpfe. Die Rednerin zitierte aus den Empfehlungen der Pällmann-Kommission und forderte Wettbewerb auf der Schiene. Rot-Grün verlangt Wettbewerb um Subventionstöpfe, wie vor 20 Jahren bei Rathäusern und Schwimmbädern.

## SPD-Fraktion

### Verbraucher haben Anspruch auf sichere Lebensmittel

SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron hat die Lebensmittelindustrie zu einem Wettbewerb um die beste Qualität ihrer Produkte aufgerufen. „Die Verbraucher haben Anspruch auf sichere Lebensmittel; Lebensmittel sind keine billige Beigabe, die zur Sicherung der Marktanteile unter Einstandspreis verramscht werden“, erklärte Moron auf einer Dialogveranstaltung der Fraktion im Düsseldorfer Gebäude der Handwerkskammer zum Thema „Gesunde Lebensmittel“. Zugleich widersprach Moron Tendenzen, nach „guten

oder bösen“ Lebensmittelherstellern zu unterscheiden. Die Fragestellung könne nicht heißen: Okobauer oder konventionelle Landwirtschaft, Großbetrieb oder Kleinbetrieb. „Die Menschen haben ein Recht darauf, selbst zu entscheiden, welche Lebensmittel sie wo kaufen wollen“, betonte Moron.

Genauso hätten die Menschen auch ein Recht darauf, umfassend informiert zu werden über Produktionsbedingungen und über Haltungsbedingungen der Tiere. Es gehe darum, verloren gegangenes Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückzugewinnen. Der Gesamtprozess der Lebensmittelproduktion müsse erfasst werden, beginnend bei der Landwirtschaft über den Handwerksbetrieb und die Ernährungsindustrie bis zum Verbraucher. Moron: „Die Verbraucher müssen den Weg des Schnittzels vom Stall bis auf den Teller verfolgen kön-

nen. Sie wollen wissen, wie und wo die Lebensmittel produziert wurden, die auf ihrem Teller sind.“

Vehement forderte der SPD-Fraktionsvorsitzende ein Ende der babylonischen Sprachverwirrung bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln. Jeder müsse verlässlich erkennen können, woher Lebensmittel stammen, wo sie produziert worden seien und was sie enthalten. Es müsse Schluss sein mit einem Kennzeichnungswirrwarr, der zur Verunsicherung beitrage, aber nicht zur Verbraucheraufklärung. Eine Kennzeichnung im Klartext sei Voraussetzung für einen Wettbewerb um die beste Qualität. Nur wenn jeder Verbraucher die Qualität auch aufgrund der Kennzeichnung deutlich unterscheiden könne, werde er den Markt bestimmen können und nicht umgekehrt der Markt das Verbraucherverhalten manipulieren.

## CDU-Fraktion

### Die Lage der inneren Sicherheit in NRW ein Jahr nach der Landtagswahl

Ein Jahr nach der Landtagswahl, ein weiteres Jahr rot-grüner Regierungsverantwortung bedeutete für die innere Sicherheit in diesem Land ein weiteres Jahr Stillstand. Die Regierungskoalition erklärt uns ständig, dass die sichersten Großstädte in NRW liegen. Hierzu muss man wissen, dass in dieser Statistik nur Großstädte über 200 000 Einwohner enthalten sind. In NRW liegen die meisten Großstädte, Bielefeld, Hagen oder Mönchengladbach werden mit Berlin, Frankfurt oder Hamburg verglichen. Richtig ist auch, dass von acht Städten mit der höchsten Kriminalitätsrate allein drei in NRW liegen, nämlich Essen, Dortmund und Köln.

Bei ernsthafter Betrachtung der Lage der Inneren Sicherheit, des vermeintlichen Erfolges der rot-grünen Sicherheitspolitik, ist ein Vergleich der Aufklärungsquoten und der Kriminalitätsrate im Ländervergleich unerlässlich. In NRW beträgt die Aufklärungsquote 49,1%. Im Jahre 1999 hatten nur sechs Bundesländer eine geringere Aufklärungsquote als NRW. Wir lagen unter dem Bundesdurchschnitt von 52,8%. 13 Bundesländer haben im Jahr 1999 einen Rückgang der registrierten Straftaten gemeldet. Nicht so NRW.

Mehr als die Hälfte aller Straftaten sind Diebstähle, nämlich 52,3%. Die Aufklärungsquote der Diebstähle insgesamt liegt bei 28,8%. Auch hier sind wir bundesweit allenfalls Mittelmäßig.

Videoüberwachungen an öffentlichen Plätzen, z.B. an Einkaufspassagen, würde den Taschendieben ihr Handwerk erschweren.

Verdachtsunabhängige Kontrollen würden einen Beitrag leisten, dass Kriminalität in NRW schon an den Grenzen mit allen Mitteln bekämpft wird. Drogen- oder Menschenhändler müssten jederzeit mit Kontrollen rechnen.

Die rot-grüne Landesregierung erklärt im Koalitionsvertrag, dass sie die Präsenz der Polizei vor Ort verbessern möchte. Das Gegenteil ist aber der Fall. Wir haben heute 2 000 Polizisten weniger als vor fünf Jahren.

Vor kurzem hat die Landesregierung die Einführung der zweigeteilten Laufbahn – also die Abschaffung des mittleren Dienstes – beschlossen. Wir sind damit einverstanden. Was wir aber nicht mittragen, ist der Beschluss, dass es bis zur Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn keine zusätzlichen Stellenplanausweitungen geben wird.

Im Bereich der Inneren Sicherheit versagt das System der Budgetierung. Die Mittel, die das Land den Kreispolizeibehörden für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellt, reichen nicht aus. Das liegt daran, dass in den letzten fünf Jahren das Budget um 20% gekürzt worden ist.

Die Bilanz der rot-grünen Innenpolitik macht deutlich: Diese Landesregierung, dieser Innenminister ist seiner Aufgabe nicht gewachsen. Sicherheit darf nicht dem Diktat des Finanzministers zum Opfer fallen.

## FDP-Fraktion

### Witzel: Rechtsanspruch auf Bildung mit Unterrichtssicherungsgesetz

Die FDP-Landtagsfraktion wirbt mit einem Unterrichtssicherungsgesetz für eine Verbesserung der Bildungsqualität und den Abbau des Stundenausfalls in NRW. Gerade angesichts der Planungen seitens der Landesregierung für eine immer dezentralere selbständigere Schule hält die FDP diese Qualitätssicherungsoffensive für unverzichtbar. Auch zukünftig sollen Abschlüsse vergleichbar sein und Mindeststandards in der Unterrichtserteilung fest-

geschrieben werden. Kernelemente des Gesetzentwurfes bilden die Einführung einer verlässlichen Vertretungsreserve an allen Schulen, kleinere Klassengrößen, weniger fachfremde Unterrichtserteilung und moderne Stellenbewirtschaftungsinstrumente zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufes.

Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Ralf Witzel, hält eine breite Debatte über notwendige Verbesserungen des Bildungsstandorts NRW für unverzichtbar: „Eine qualitativ hochwertige Ausbildung wird für unsere Jugend immer wichtiger. In Zeiten wachsender Anforderungen der Arbeitgeber und einer abnehmenden Erziehungsverantwortung vieler Eltern entscheidet die Bildungsqualität immer stärker über die zukünftige soziale

Chancenverteilung in unserer Gesellschaft.“

Bereits heute blieben viele Ausbildungsstellen in Handwerk und Industrie unbesetzt, weil Bewerber den elementaren Anforderungen nicht mehr genügten. Massive Investitionen und Mehranstrengungen des Landes NRW für das öffentliche Bildungswesen seien notwendig. Witzel: „Je länger vorhandene Defizite in der Unterrichtsversorgung bestehen bleiben, umso mehr entscheidet die Fähigkeit und Bereitschaft der Elternhäuser, sich des privaten Nachhilfebooms zu bedienen, über die Zukunftschancen unserer Jugend.“

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Erfolgreiche Arbeit der GRÜNEN-Fraktion

Die Fraktion hat mit überwältigender Mehrheit den seit einem Jahr amtierenden Vorstand wiedergewählt: Sylvia Löhrmann als Vorsitzende, Johannes Rimmel als Parlamentarischen Geschäftsführer, Barbara Steffens und Reiner Priggen als stellvertretende Vorsitzende. Vor der Presse äußerten sich Sylvia Löhrmann und Johannes Rimmel: Diese einmütige und überzeugende Wiederwahl stärkt uns als Führungsteam den Rücken und bestätigt den Kurs, den die Landtagsfraktion mit der Bildung der zweiten rot-grünen Regierung in Nordrhein-Westfalen eingeschlagen hat: Wir sind angetreten,

die soziale und ökologische Erneuerung unseres Landes voranzubringen, Inhalte und Ziele grüner Politik in Nordrhein-Westfalen zu verankern. Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir viel erreicht, aber das erste Jahr der Koalition ist aus unserer Sicht das erfolgreichste, das die grüne Landtagsfraktion in der Regierungsarbeit zu verzeichnen hat. Lassen Sie uns einige Punkte benennen: Der Landeshaushalt 2001 trägt eine deutlich grüne Handschrift; dazu zählen:

- 800 neue Lehrerinnen und Lehrer
- Qualität der Lehre an den Hochschulen gestärkt
- Verstärkung der Mittelstandsoffensive
- Erhebliche Mittel für nichtbundeseigene Eisenbahnen und Radwege
- Landesaltenplan aufgestockt
- Fortschreibung des Projektes „Soziale Wirtschaftsbetriebe“
- Umweltmanagementsysteme – Umweltinnovationsassistenten
- Ökoprofit

Die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zu mehr direkter Demokratie auf Landesebene, die wesentlich von uns formuliert waren, sind – wenn die CDU bei der Stange bleibt – so gut wie umgesetzt.

Den längst überfälligen Stufenplan zur verlässlichen Unterrichtsversorgung gäbe es nicht ohne die grüne Landtagsfraktion.

Unser Projekt „NRW Schule 21“ wurde in „Selbstständige Schule“ umgetauft und wird einen bundesweit vorbildlichen Reformprozess von unten an unseren Schulen auslösen.

Es ist wichtig festzustellen, dass aus unserer Sicht ein großer Teil des erfolgreichen Arbeitens der GRÜNEN-Fraktion darin begründet liegt, dass wir uns als Team begreifen.

In einer erfolgreichen Fußballmannschaft sind alle gefragt – vom Torwart bis zum Linksaußen, selbst die Leute auf der Bank können spielentscheidend sein. In der GRÜNEN-Fraktion bilden alle 17 Abgeordneten die Mannschaft.

## Beziehungskisten rund ums Zelluloid

Einziges Wermutstropfen beim diesjährigen Mixed Tischtennisturnier Mitte Mai: Es fand ausgerechnet am ersten fröhlich-sommerlichen Wochenende des Jahres statt. Das aber ist auch schon alles, was kritisch anzumerken ist. Denn jeder sonnensüchtige Gedanke war bald vergessen, als sich die bekannten Kontrahenten und Kontrahentinnen wieder an der Platte gegenüberstanden. Nur wenige Pärchen allerdings waren sich übers Jahr treu geblieben. Für Hans Zinnkann und Irmgard Birn war klar, dass sie auch diesmal wieder dem langgedienten Tischtennispartner den Vorzug geben würden. Und auch Michael Landwehr ließ es sich nicht nehmen, seine pausierende Partnerin Petra Meier eigens für dieses Turnier wieder in die Sporthalle zu befördern. Alle anderen aber suchten ihr sportliches Glück im Partnertausch. Hans-Georg Schröder immerhin wählte seine Partnerin aus dem vertrauten Rahmen seiner Mittagstischrunde: Eine gute Wahl, wie sich zeigen sollte, denn nur mit Monika Heßhaus als starker rechter Hand wurde der Linkshänder Schröder späterer Turniersieger. Geschäftsbereichsleiter Ernst Becker und sein Vorzimmer Petra Theil gehen, sportlich gesehen, schon lange getrennte Wege. Theil gab diesmal dem Vereinsspieler und erfolgreichen Einzelsieger Manfred Mündelein den Vorzug, während Ernst Becker mit der ballerfahrenen Spielerin Claudia Karsten aus der CDU-Landtagsfraktion ein Team bildete. Ihre ganz großen Erwartungen erfüllten sich allerdings nicht. Als eifrigster Swinger im Tischtennisclub erwies sich aber wieder der Kollege Thomas Schneider. Nach vielen Jahren vergeblichen Bemühens schien er mit Birgit Hielscher endlich seine ideale Partnerin gefunden zu haben. Kurzfristig setzte er jedoch alles wieder aufs Spiel, bandelte mit Maria-Luise Jung an und machte sie Bernd Hallwass abspenstig. Den beiden Verlassenen aber blieb nichts anderes übrig, als ihr Leid gemeinsam zu tragen und sich an der Tischtennisplatte zu revanchieren. — Wie sich diese Beziehungskisten bis zum nächsten Jahr entwickeln werden, darauf darf man gespannt sein. *ib*

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,  
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
8 84 30 22  
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender  
Pressesprecher des Landtags  
Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD),  
Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt  
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamen-  
tarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel  
MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsfüh-  
rer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;  
Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael  
Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher  
(GRÜNE), Pressesprecher.  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-  
lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154  
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>  
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-  
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

„Nett kalle, jet donn — weniger reden, mehr anpacken.“ Dieser Wahlspruch gilt für den Niederrheiner Edmund Feuster im Beruf wie auch in der Politik. Der SPD-Landtagsabgeordnete aus Grevenbroich zählt nicht zu den vielen Theoretikern in Diskussionsforen, sondern ist entsprechend seines Naturells dort am liebsten, wo es um „handfeste“ Sachpolitik mit nachvollziehbaren Entscheidungen geht. Und der Diplom-Betriebswirt mit langjähriger Berufserfahrung hält es im Übrigen bei aller „Wertschätzung“ für Lehrer und Beamte für notwendig, dass neben deren starken Repräsentanz im Parlament auch „Leute über Wirtschaft reden, die etwas von der Materie verstehen“.

Aus einer Arbeiterfamilie in Jüchen stammend, besuchte der heute 46-Jährige nach der Volks- die Realschule und absolvierte zunächst eine Ausbildung als Groß- und Außenhandelskaufmann. Nach kurzer Berufstätigkeit entschloss er sich, das Fachabitur nachzuholen und studierte anschließend an der Fachhochschule Niederrhein in Mönchengladbach Betriebswissenschaft. Als Diplom-Betriebswirt war Edmund Feuster dann seit 1979 in mehreren Positionen namhafter Unternehmen tätig. Auch nach seiner Wahl in den Landtag, im Mai letzten Jahres, wollte er sich nicht ganz vom Beruf verabschieden, er besitzt einen Beratervertrag mit einem Neusser Unternehmen.

Politisch geprägt vom Elternhaus, faszinierte ihn schon in frühen Jahren Willy Brandt — „er stand für mich für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit“. So trat der Grevenbroicher 1976 in die SPD ein. Die Mitgliedschaft sollte sozusagen ein „Stück Sympathiebeweis“ sein, aber kein Engagement in der Partei werden. Doch als der Sozialdemokrat die erste Ortsvereinsversammlung besuchte und sich zu Wort meldete, „nahm das Unglück seinen Lauf“, meint er heute scherzhaft. Und mit seiner politischen Betätigung wuchs auch der Wunsch, ein „Stück Einfluss“ zu nehmen: Zunächst als Ortsvorsitzender, dann als Stadtverordneter in Grevenbroich, seit 1994 ist er Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion.

Während seines kommunalpolitischen Wirkens konstatierte er zusehends den Einfluss der Landespolitik auf die Entwicklung der Gemeinden, ob in der Struktur-, in der Verkehrs- oder der Schulpolitik. Anlass genug, um sich auch stärker den landespolitischen Themen zu widmen. So kandidierte der Sozialdemokrat bei der letzten Landtagswahl im Wahlkreis 52 (Neuss III) für das Landesparlament und sicherte ihn



Edmund Feuster (SPD)

erneut für seine Partei — wenn auch sehr knapp, mit 146 Stimmen Vorsprung.

Das Mitglied des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen sowie des Verkehrsausschusses sieht insbesondere in diesen beiden Gremien ein enges Beziehungsgeflecht zwischen dem Land und den Kommunen, wo eben „handfeste“ Themen behandelt und Beschlüsse gefasst werden, „die man dann vor Ort sieht“. Der SPD-Abgeordnete möchte in diesen Ausschüssen und auch im Landesparlament insgesamt seine 20-jährigen kommunalpolitischen wie beruflichen Erfahrungen einbringen.

Nach seiner Einschätzung dürften sich die Politiker nicht isolieren und nicht nur in elitären Zirkeln diskutieren — sie müssten ständig auf die Bürger zugehen und erfahren, wo ihnen der Schuh drückt. Das erfährt Edmund Feuster im Übrigen auch als Mitglied der verschiedensten Vereine, vom Sport- bis zum Schützenverein und Vorsitzenden des Männergesangsvereins. „Ich bin auch ein Stück Vereinsmensch.“ Zur Entspannung liest der Abgeordnete gern bei einem guten Glas Rotwein moderne Klassiker wie Böll, Lenz oder Hesse. Und während viele gern in ferne Länder streben, genießt er mit seiner Familie einige Tage an der Nord- oder Ostsee, um mal auszuspannen.

Jochen Juretko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 23. Mai bis 18. Juni 2001

23. 5. **Wolfgang Große Brömer** (SPD), 49 J.  
 23. 5. **Inge Howe** (SPD), 49 J.  
 24. 5. **Theo Kruse** (CDU), 53 J.  
 25. 5. **Hildegard Nießen** (SPD), 55 J.  
 25. 5. **Brigitte Capune-Kitka** (FDP), 48 J.  
 25. 5. **Johannes Rimmel** (GRÜNE), 39 J.  
 27. 5. **Hans-Peter Milles** (SPD), 50 J.  
 28. 5. **Rainer Bischoff** (SPD), 43 J.  
 30. 5. **Edmund Feuster** (SPD), 47 J.  
 1. 6. **Ernst Martin Walsken** (SPD), 54 J.  
 1. 6. **Hans-Willi Körfges** (SPD), 47 J.  
 1. 6. **Jan Söffing** (FDP), 47 J.  
 4. 6. **Christof Rasche** (FDP), 39 J.  
 5. 6. **Rudolf Henke** (CDU), 47 J.  
 7. 6. **Dr. Bernhard Kasperek** (SPD), 49 J.  
 9. 6. **Ute Koczy** (GRÜNE), 40 J.  
 12. 6. **Dr. Ute Dreckmann** (FDP), 51 J.  
 12. 6. **Hannelore Kraft** (SPD), 40 J.  
 16. 6. **Norbert Post** (CDU), 49 J.  
 17. 6. **Frank Baranowski** (SPD), 39 J.  
 18. 6. **Bernhard Recker** (CDU), 62 J.

★

**Jürgen W. Möllemann**, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Landtag, ist auf dem FDP-Parteitag in Düsseldorf mit 66,3 Prozent zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Liberalen gewählt worden.

★

**Christian Weisbrich**, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, ist für sein Engagement zur Sicherung der Wettbewerbsposition des Handwerks gegenüber der Expansion kommunaler Betriebe, so die Begründung, mit der Floriansplakette des NRW-Handwerks geehrt worden.

★

**André Zimmermann** (32) ist seit Anfang April stellvertretender Pressesprecher der FDP-Landtagsfraktion. Zimmermann kommt von der Tageszeitung „Die Glocke“ in Oelde und verstärkt das Team um FDP-Pressesprecher **Michael Block**.

★

**Regina Wyrwoll** ist vom Kuratorium der Stiftung Kunst und Kultur des Landes NRW (Präsidentin **Ilse Brusis** SPD MdL) zur neuen Generalsekretärin berufen worden. Sie löst in dieser Position **Fritz-Theo Mennicken** ab.

★

**Sylvia Löhrmann** (GRÜNE) ist von der Landtagsfraktion ihrer Partei einstimmig in ihr Amt als Fraktionsvorsitzende wiedergewählt worden. Auch **Johannes Rimmel**, Parlamentarischer Geschäftsführer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ist von allen anwesenden 16 Abgeordneten in seinem Amt bestätigt worden. Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden **Reiner Priggen** und **Barbara Steffens** gehören weiter dem Fraktionsvorstand an.

★

**Jens Geier**, Essen, ist auf Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion zum stellvertretenden Mitglied des Rundfunkrats des „Westdeutschen Rundfunks Köln“ vom Plenum des Landtags gewählt worden.

★

**Carina Gödecke**, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, ist bei den Vorstandswahlen des SPD-Unterbezirks Bochum mit dem besten

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



### „Ein wunderschönes Gebäude, ein Schmuckstück“

hat der Kulturausschuss des Landtags unter Leitung seiner Vorsitzenden Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) in Augenschein genommen. Zusammen mit dem Kulturausschuss der Landeshauptstadt Düsseldorf und begleitet vom zuständigen Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) inspizierten die Abgeordneten das für Zwecke der nordrhein-westfälischen Kunstsammlung umgebaute alte Ständehaus am Kaiserteich, wo früher der Landtag tagte. Sie erhielten einen Eindruck vom fristgerechten Fortschritt der Bauarbeiten, die schon erkennen lassen, „auf was wir hoffen dürfen“ (Düttmann-Braun), wenn im April kommenden Jahres die neue Zweigstelle des Kunstmuseums feierlich eröffnet wird. Unter der markanten Glaskuppel, die zwar von der Fläche her größer ist, sich aber nicht so hoch wölbt wie die Kuppel des Berliner Reichstagsgebäudes, sollen in einem Museum für das 21. Jahrhundert Kunstwerke seit den 80er Jahren präsentiert werden. Nach der Besichtigung standen auf der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung beider Kulturausschüsse das Gesamtkonzept der Kunstsammlung NRW einschließlich des Nutzungskonzepts für das Ständehaus – zu diesen Punkten trugen das Ministerium und ein Gespräch mit dem Direktor der Kunstsammlung, Professor Dr. Armin Zweite bei –, die Ausstellungsaktivitäten in der Landeshauptstadt Düsseldorf (Bericht der Stadtverwaltung) sowie das Thema „Landeshauptstadt Düsseldorf im Konzept der Regionalen Kulturpolitik“. Zur Eröffnung des für rund 100 Millionen Mark umgebauten Ständehauses ist, so wurde bei der Gelegenheit bekannt, eine Ausstellung geplant, die den Titel „Startkapital“ trägt.

Stimmresultat zur stellvertretenden Vorsitzenden wieder gewählt worden.

★

**Frauke Gerlach** (Bonn) ist auf gemeinsamen Vorschlag aller vier Fraktionen als or-

dentliches Mitglied in die Rundfunkkommission der Landesanstalt für Rundfunk gewählt worden. In „Landtag intern“ Nr. 8 Seite 13 war der Name irrtümlich „Erlach“ geschrieben worden.